Einzelpreis 30 Pf. Halle, Montag, den 26. April 1920. 31. Jahrgang · Nr. 97

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105 666. Hermann Schade

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 3,50 Mk., vierteljährl 10,50 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 3 50 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 40 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 120 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Das Rebellenlager.

Der Herd der militaristischen Gegenrevolution.

Uns wird geschrieben: Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Munsterlager sich mehr und mehr zum Zentrum der militaristischen Gegenrevolution entwickelt. Nicht nur herrscht ein lebhaftes Kommen und Gehen, zumal von Offizieren in Zivil und Uniform (darunter auch solche russischer reaktionärer Formationen, wie denen des Generals Judenitsch), sondern auch ganze Truppenteile verschwinden mit voller Ausrüstung spurlos von der Bildfläche. So hat sich in den Tagen vom 15. bis zum 17. April ein Bataillon Infanterie der Ehrhardt-Brigade und die gesamte Artillerie des Lagers in Bewegung gesetzt, um seit einiger Zeit nicht wieder gesehen zu werden. Es sind mindestens 4 Bataillone Artillerie, die Herr Ehrhardt nach seiner Ankunft im Munsterlager aus den dort zur Demontierung befindlichen Geschützen der Eisernen Division formierte. Wo sind die Truppen jetzt und zu welchem Zweck sind sie verschickt worden?

Die Besatzung des Munsterlagers hat sich durchaus kriegsmäßig eingerichtet. Das Lager ist in weitem Umkreise durch Vorposten gesichert, die bis zu 40 Kilometer vorgeschoben worden sind. Das beweist, daß weder Herr Ehrhardt noch die übrigen im Munsterlager zur „Auflösung" befindlichen Truppenteile — Marinebrigade Loewenfeld, Bataillon Feige und Reste der Nordseeküstenwachtdivision nebst einer Offiziersturmkompagnie Ehrhardt in Stärke von 1500 Mann — im geringsten daran denken, sich auflösen zu lassen. Im Gegenteil: immer neue Zuschübe verstärken sie. Und wenn die augenblickliche Besatzung des Munsterlagers nur etwa 10 000 Mann beträgt, so liegt das daran, daß täglich Abteilungen in voller Ausrüstung zu irgendwelchen Sammelpunkten außerhalb Munsters versandt werden.

Besonders eifrig sind die Beziehungen, die die Reaktionäre des Munsterlagers mit Bayern, Pommern, dem Stabe des Generals Watter in Essen und dem Sennelager bei Paderborn unterhalten. Dauernd gehen Truppen aus dem Munster- in das Sennelager ab, wo sie sich in der Nähe des rheinisch-westfälischen Industriegebietes befinden. Man hofft offenbar, wenn man wieder losschlägt, das Ruhrgebiet als erste Etappe auf dem Wege des Sturmlaufs gegen die Republik erobern zu können und zerniert es deshalb schon jetzt mit allen Kräften, die man zur Verfügung hat. Nicht umsonst betreiben die Lüneazentralen des Generals Watter jetzt mit Hochdruck den Einmarsch der Reichswehr in das Industriegebiet südlich der Ruhr. Man möchte überall seine Leute haben, wenn es losgeht, um dann das übrige Deutschland durch Abschneidung vom Ruhrgebiet um so sicherer in die Gewalt zu bekommen. Die Herrschaften haben aus dem Kapp-Putsch gelernt, der ihnen durch die Niederlage im Industriegebiet fehlging. Sie wollen daher diesmal offenbar das umgekehrte Verfahren anwenden. Haben sie einmal das Ruhrgebiet fest in ihrer Macht, können sie Berlin von allen Seiten, gestützt auf die ländliche Reaktion, allmählich einkreisen und durch Hunger zu Fall bringen. Nicht umsonst rüstet man mit aller Macht jetzt auch in Ostpreußen, wo Königsberg zum Stützpunkt der Rebellen ausgebaut wird.

Hinter der neuen Aktion scheint der Deutsche Volksbund zu stehen, der die gesamten Kosten tragen soll. Die Ehrhardt-Truppen bekommen vom Reich keine Unterhaltungsgelder mehr. Die Leute erklären ganz offen, daß sie jetzt so eine Art Privatunternehmen seien und sich als nicht mehr im Solde der Regierung stehende Macht betrachten. Sie leben dabei nicht schlecht. Ihre Verpflegung ist außerordentlich reichlich und sehr gut, wozu noch ein Tagessold von 15 Mk. kommt. Es dürfte angebracht sein, daß die Regierung sich einmal um die Finanzierung der Munsterleute kümmerte und insbesondere beim Zentralbureau des Deutschen Volksbundes sich danach erkundigte, das sie in Berlin SW. Gitschiner Straße 110, jederzeit erreichen kann.

Von irgendwelchen Vorbereitungen der Reichsregierung gegen die Sammlung der Reaktionäre im Munsterlager ist nichts zu merken. Sie wagt nicht einmal die Verhaftung des Putschkapitäns Ehrhardt tatkräftig zu betreiben. Ehrhardt, gegen den bereits seit langer Zeit ein Haftbefehl erlassen worden ist, befindet sich immer noch auf freiem Fuße. Die Kreise, unter deren Schutz er sich befindet, wollen anscheinend seine Verhaftung auch auf jeden Fall verhindern. Als das Reichswehrministerium im Munsterlager telegraphisch anfragte, ob der Befehl für Festnahme vollzogen sei, bekam es die Antwort, man denke nicht an die Verhaftung Ehrhardts.

Die „Vertrauensleute" der Marinebrigade sind am 21. April im Auftrage der Truppe aus dem Munsterlager zum Reichswehrminister in Berlin gefahren, haben über die Zustände der Brigade berichtet und gebeten: 1. den Kommandeur in seiner Stellung zu belassen; 2. sichere Garantien zu leisten, daß der Schutzhaftbefehl gegen den Kommandeur während der Auflösungszeit nicht rechtskräftig sei. Weiter wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, daß die Truppe ihren Kommandeur bei einer etwaigen Verhaftung aus Treue und Anhänglichkeit mit der Waffe schützen werde. Dies sei keine Drohung (?), sondern nur eine Warnung gewesen.

Die Regierung hat anscheinend auch diese Unverschämtheit ruhig hingenommen. Sie ist machtlos gegen diese frechen Meuterer, weil sie die Reichswehr jetzt noch mehr als vor dem 13. März unter dem Einfluß konterrevolutionärer Führer läßt. Sie ist machtlos vor allem deshalb, weil sie nicht den Mut besaß, Herrn Ehrhardt verhaften zu lassen, als er sich noch in Berlin befand und täglich mit seinen Freunden im Reichswehrministerium verkehrte. Jetzt haben er und seine Offiziere ihre Truppen so fest in der Hand, daß er aus Munster nur gewaltsam herausgeholt werden könnte. Der Fall Ehrhardt ist aber nur ein Fall von vielen. Die unter nationalistischer Führung stehende Reichswehr wird so lange auf die Anordnungen der Regierung pfeifen, solange ihr nicht eine hinreichend stark bewaffnete Macht gegenübersteht. Aber zur Niederringung der Reichswehr braucht man keine neue Reichswehr zu schaffen. Man bewaffne die Arbeiter. Nicht wahllos, sondern die von den gewerkschaftlichen Organisationen vorgeschlagenen Personen. Dann ist alle Reaktion für alle Zeit abgeschlagen. Es stellen sich so viele Arbeiter zur Verfügung, daß alle Putsch- und Widerstandsgelüste renitenter Reichswehrtruppen glatt zusammenbrechen. Leider aber hat die Regierung vor der Arbeiterschaft ebensoviel Angst wie vor der Reichswehr.

Am Deutschlands Entwaffnung.

100 000 oder 200 000 Mann?

Wie Havas aus San Remo berichtet, hat Millerand die Sonderberichterstatter von Havas und Reuter empfangen und ihnen erklärt, es sei richtig, daß Marschall Foch während der Vorverhandlungen des Friedensvertrages für eine deutsche Armee von 200 000 Mann gewesen sei. Aber der Oberste Rat habe dem Vorschlag Lloyd Georges, eine Armee von 100 000 Mann zu gestatten, die durch freiwillige Anwerbungen für 12 Jahre zustandegebracht werden sollte, den Vorzug gegeben. Wenn der neue deutsche Vorschlag angenommen würde, dann würde Deutschland 200 000 Berufssoldaten haben, die leicht Kadres für eine viel stärkere Armee abgeben könnten. Was Deutschland verlange, sei viel zu hoch.

Vor dem Kriege habe England nicht 100 000 Mann Soldaten gehabt, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, ebenso Amerika, dessen Gebiet und Bevölkerung viel größer seien als die Deutschlands. Bevor man einer Vermehrung der deutschen Streitkräfte zustimme, wünsche Frankreich, daß Deutschland bestimmte Klauseln des Vertrages erfüllt habe, so die Lieferung des Artillerie- und Flugmaterials.

Bis jetzt aber hätten die interalliierten Kontrollkommissionen nur den schlechten Willen Deutschlands feststellen können. Deshalb zweifelten die französischen Vertreter an der Aufrichtigkeit Deutschlands. Unter diesen Bedingungen sei es zweifelhaft, ob der deutsche Vorschlag von dem Obersten Rat angenommen werden könne.

Paris, 24. April. (WTB.) Wie der Berichterstatter des Petit Journal aus San Remo mitteilt, ist beschlossen worden, die Konferenz um zwei Tage zu verlängern. Es werde auch noch am Sonntag und Montag getagt werden. Die französische Delegation werde Dienstag abreisen.

Generalstreik in Schlesien.

Wien, 24. April. Im schlesischen Abstimmungsgebiet traten die Beamten und Arbeiter wegen Nichterfüllung ihrer Forderung auf Erhöhung der Bezüge um 150 Prozent, in Rücksicht auf den von der internationalen Abstimmungskommission verfügten Notenumtausch, in den Generalstreik. Bei einem Zusammenstoß der polnischen Arbeiterschaft mit der Bürgerwehr in Teschen wurde eine Person getötet und sechs verwundet.

•

Beuthen, 25. April. (WTB.) In den oberschlesischen Städten haben die Polen heute trotz des Verbotes von Kundgebungen Versammlungen zum Einspruch gegen den angeblichen Terror der Deutschen veranstaltet und u. a. auch Entfernung der Sicherheitswehr, Ausweisung der deutschen Agenten und der Führer der deutschen Bewegung verlangt. Die Veranstalter dieser Kundgebungen sollen von der Ententekommission zur Rechenschaft gezogen werden. Zwischenfälle sind bis jetzt nicht gemeldet.

Die Streikbewegung im Elsaß.

Straßburg, 24. April. Die Aufstandsbewegung hat sich in Elsaß-Lothringen verschärft. In Mülhausen streiken die Arbeiter in sämtlichen industriellen Betrieben. Die Zeitungen erscheinen nicht. Die Eisenbahner haben die Arbeit niedergelegt. Nur in Straßburg wird der Eisenbahn- und Postbetrieb aufrechterhalten. In Metz streiken die Buchdrucker. Der Metzer Bahnhof ist von französischen Truppen besetzt. Bis Freitag befanden sich ungefähr 100 000 Arbeiter im Ausstand, denen sich auch ein großer Teil der Beamtenschaft angeschlossen hat. Die sozialistischen Organe richteten an die Streikenden die Aufforderung, bis zur Durchführung ihrer Forderungen im Streik zu verharren.

Die Zahl der neu nach Elsaß-Lothringen gesandten französischen Truppen beträgt über 20 000 Mann. Die Truppen sollen vor allem dazu verwendet werden, den Generalstreik niederzuzwingen. — Nach einer Meldung aus Metz teilt die Gewerkschaft der Bergarbeiter in einem Aufruf mit, daß das französische Militär den Kapitalismus unterstütze, um mit bewaffneter Hand gegen das Proletariat vorzugehen. Die Bevölkerung mehrerer ländlicher Orte wurde von den Truppen herausgefordert und mißhandelt. Mehrere aus Arbeiterinnen bestehende Streikposten bei Diedenhofen wurden durch Bajonettstiche französischer Soldaten verwundet. In Metz machte Kavallerie einen Angriff auf eine aus einer Streikversammlung kommende Menschenmenge. Frauen und Kinder wurden niedergeritten und zahlreiche Personen erheblich verletzt.

Sozialistischer Wahlsieg in Lettland.

Riga, 24. April. Die Wahlen, die am 17. und 18. April in Lettland stattfanden, haben den Sozialisten ein Drittel der Mandate gebracht. In Riga, wo 85 v. H. der Bevölkerung abstimmten, wurden von den 22 Mandaten 7 von den Sozialisten gewonnen, während die Bolschewisten insgesamt 627 Stimmen bei einer Gesamtzahl von 85 000 Stimmen erhalten haben. In Libau und Mitau betrugen die sozialistischen Stimmen 34 v. H., in Windau 40 v. H. und in Reschitza nur 12 v. H.

Die preußische Verfassung.

Von Walter Stoecker.

Kühl bis ans Herz hinan stand das deutsche revolutionäre Proletariat den Beratungen der Nationalversammlung in Weimar über die Reichsverfassung gegenüber. Ganz Deutschland zitterte und bebte in jenen Monaten vor den großen Massenaktionen der Arbeiter, die sich um ihr Hauptkampfziel, den Sozialismus, betrogen sahen. Damals schon lebte in den Massen der Glaube an eine baldige Wendung der Dinge. Durch die konterrevolutionäre Haltung der Rechtssozialisten bis zum 13. März haben sich die Macht- und Kraftverhältnisse zwischen Bürgertum und Proletariat verschoben. Die in Weimar beschlossene Verfassung ist, mögen wir darüber denken, wie wir wollen, mögen wir sie noch so sehr zum Teufel wünschen, der Boden, auf dem wir uns bewegen müssen. Der zur Binsenweisheit gewordene Satz Ferdinand Lassalles, daß Verfassungsfragen Machtfragen seien, ist der Arbeiterklasse Deutschlands seit dem 9. November zur Genüge eingehämmert worden; sind doch die papiernen Paragraphen der Weimarer Verfassung nur stilistische Formeln für die Tatsache, daß die kapitalistische Bourgeoisie mit Hilfe der Scheinsozialisten die Oberhand über das revolutionäre Proletariat gewonnen hat.

Heute beginnt in der Preußischen Landesversammlung der Kampf um die preußische Verfassung. Ein äußeres Zeichen für die veränderten Machtverhältnisse: Die Reichsverfassung brauchte man aus Angst vor dem revolutionären Proletariat im Sommer vorigen Jahres im stillen Weimar, fern von dem Zentrum der deutschen Arbeit. Inzwischen ist die Arbeiterklasse so niedergerungen, daß sich die weitere Schutzgesetzgebung für das Bürgertum und das Kapital — anders kann man die Betätigung der bürgerlichen Parlamente bei deren Zusammensetzung nicht bezeichnen — wieder in Berlin vollziehen kann. Der Verfassungsentwurf, den die preußische Regierung der Landesversammlung vorgelegt hat, ist ein verschlechterter Abklatsch der Reichsverfassung. Kein Wunder, haben doch die Rechtssozialisten seit Monaten hinter den Kulissen mit den bürgerlichen Parteien gekuhhandelt, um sich über einen gemeinsamen Vorschlag zu verständigen. Erklärte doch vor einigen Monaten der damalige Ministerpräsident Hirsch in der Landesversammlung, daß die Regierung die Verfassung erst vorlegen werde, wenn sich die Mehrheitsparteien auf eine Fassung geeinigt hätten.

Der der Landesversammlung vorliegende Verfassungsentwurf ist noch von den inzwischen abgehaltierten Hirsch und Heine unterzeichnet worden. Die neue preußische Regierung Braun-Severing, die sich zunächst den Anschein gab, energisch gegen die Reaktion vorzugehen, scheint wirklich den unglaublichen Verfassungsentwurf Heines vertreten zu wollen. Sehen wir uns dieses Produkt etwas näher an.

Das natürliche Ergebnis der Kompromißelei mit der kapitalistischen Demokratie und dem reaktionären Zentrum ist eine immer weitere Durchlöcherung der sogenannten Demokratie. Während die Reichsverfassung die politische Macht durch die Volksabstimmung, das sogenannte Volksbegehren und den Volksentscheid, neben dem Parlament auch in die Hände des Volkes legte, ist von irgendwelchen Volksabstimmungen in dem preußischen Verfassungsentwurf überhaupt keine Rede mehr. Der Entwurf kann seine preußische Herkunft nicht verbergen. Während die (allerdings sämtlich noch im vergangenen Jahre beschlossenen) Verfassungen Badens, Bayerns, Württembergs, Hessens das Recht auf Volksabstimmung aufgenommen haben, — auch die jetzt zur Beratung stehenden Bremer und Sächsischen Verfassungsentwürfe sehen dieses Recht vor, — scheinen die jetzigen preußischen Machthaber in die Fußtapfen der alten Obrigkeitsregierung zu treten, die bekanntlich von dem Untertanenverstand nicht viel wissen wollten.

Eine Verschlechterung des Wahlrechts bedeutet auch die Bestimmung, daß wählbar nur 25jährige Männer und Frauen sind. Zur Nationalversammlung waren bekanntlich bereits alle 20jährigen nicht nur wahlberechtigt, sondern auch wählbar. Wie der Reichstag, soll auch der Landtag auf vier Jahre konserviert werden. Nur alle vier Jahre soll das preußische Volk in der Lage sein, seinen politischen Willensausdruck kundzugeben. Während die obengenannten süddeutschen Verfassungen sämtlich die Wahl des Ministeriums durch den Landtag vorsehen und von einem besonderen Landespräsidenten abgesehen haben, kann man sich in Preußen scheinbar immer noch nicht von dem Gedanken einer persönlichen Spitze trennen, und legt daher das Ernennungsrecht des Ministeriums in die Hände des Präsidenten des Landtages, dem man auch somit eine besondere Würde verleiht, indem man ihn mit den Befugnissen eines Staatsministers betraut.

Die traurigste Leistung der rechtssozialistisch-bürgerlichen Regierung aber ist die Schaffung einer ersten Kammer, der man den Namen „Finanzrat" gegeben hat. Dieses sonderbare Unikum — eine fröhliche Auferstehung des ehemaligen Herrenhauses, — diese Spottgeburt der rechtssozialistisch-bürgerlichen Ehe, soll entscheidende Rechte in der Finanzpolitik Preußens bekommen. Da nun aber nahezu alle politischen Fragen auch finanzpolitische Bedeutung haben, dürfte dieser „Senat", dessen Mitglieder über 35 Jahre alt sein müssen (!), bald ein sehr hemmendes und reaktionäres Element darstellen. Zusammengesetzt werden soll diese erste Kammer aus von den preußischen Provinziallverwaltungen zu bestimmenden Mitgliedern des Reichsrates (also eine völlig undemokratische Ernennung), dem Präsidenten der Oberverwaltungskammer, dem Präsidenten der Preußischen Staatsbank, dem Präsidenten der Hauptverwaltung der Staatsschulden, dem Präsidenten der Zentralgenossenschaftskasse und aus vom Landtag zu wählenden Mitgliedern. Daß sich die Rechtssozialisten zu dieser schö-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192004 26-12/fragment/page=0001

der Verletzung des Grundsatzes des Einkammersystems vorgegeben haben, ist nach ihrer bisherigen Haltung nicht weiter verwunderlich. Man braucht nur daran zu erinnern, daß in Preußen Leute wie Hirsch, Heine, Südekum und Haenisch unterhalb Jahre lang „sozialistische" Politik machten und jetzt Braun und Severing kaum andere Wege einschlagen werden. Im übrigen ist es auch wieder eine echt preußische Leistung, haben sich doch die süddeutschen Verfassungen Badens, Bayerns, Württembergs und Hessens ganz unzweideutig auf den Boden des Einkammersystems gestellt. Dabei erfährt man aus der bürgerlichen Presse, daß sich Demokraten und Zentrum mit diesem „Finanzrat" noch nicht zufrieden geben wollen, sondern daß sie eine ausgesprochene erste Kammer mit viel weitergehenden Rechten wünschen. Und bei der Rückgratlosigkeit unserer Scheinsozialisten ist ohne weiteres anzunehmen, daß sie noch weitere Verschlechterungen schlucken werden.

Der Vorschlag dieses „Finanzrats" läßt ferner darauf schließen, daß die preußische Regierung auch bei der bevorstehenden Beratung der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverwaltung sich für das Einkammersystem entscheiden wird und damit selbst die einfachsten Regeln der sogenannten formalen Demokratie mit Füßen tritt. Fehlen doch bezeichnenderweise in dem Verfassungsentwurf völlig irgendwelche Bestimmungen über die Verfassungen der Selbstverwaltungskörperschaften. Die preußische Bureaukratie kann triumphieren. Ueberflüssig zu sagen, daß von Sozialisierungsbestrebungen in dem Entwurf keine Rede ist.

Unserer preußischen Landtagsfraktion steht eine harte Arbeit bevor. Der die bürgerliche und die kapitalistische Gesellschaft stützenden Scheindemokratie wird sie die Gedanken der proletarischen Revolution, im Geiste von Karl Marx die Ideen der proletarischen Diktatur, entgegenstellen. Bei dieser Gelegenheit wird sie erneut mit aller Schärfe gegen jeden, auch den preußischen Zentralismus, vorgehen und für eine einheitliche deutsche sozialistische Republik eintreten. Leider sollte ja der Föderalismus immer noch in Deutschland herum, obwohl man annehmen dürfte, daß die Entwicklung und die Ereignisse der letzten Jahre nachgerade allen die Erkenntnis gebracht haben dürfte, daß nur ein einheitliches, großes Wirtschafts- und Verwaltungsgebiet alle die Aufgaben lösen kann, die uns bevorstehen. Im übrigen wird unsere Fraktion daran erinnern müssen, daß alle Verfassungen vergänglich sind. Das Proletariat wird sich, wenn seine Stunde gekommen ist, seine Verfassung selbst geben.

Die Milliarden für die Reichswehr.

Die Herren Kapp und Lüttwitz hatten, um sich die Truppen geneigter zu machen, derjenigen Reichswehrtruppen, die sich ihnen anschlossen, eine tägliche Gefahrzulage von 9 Mk. zugebilligt. Als nun der verspätete Maskenscherz der Putschisten beendet war, erdrahtete der General von Seeckt an, daß die Zulage von 9 Mk. an feindliche Truppen zu zahlen sei. Außerdem wurde den Truppen für einmalige Verwundung 1000 Mk., für zweimalige 2000 Mk. gezahlt. — Es ist bezeichnend für die Zuverlässigkeit der Reichswehrtruppen, daß man sie nur durch diese neuen Bestechungssummen für die alte Regierung gewinnen konnte. Welch gewaltige neue Summen auf diese Art der Bevölkerung an Belastung auferlegt sind, wird das Reichswehrministerium wohl noch mitteilen müssen. — Jetzt aber, wo infolge der neuen Besoldungsreform diese Summen auf die neuen Soldzahlungen angerechnet werden sollen, droht die neue Gefahr, daß die so zuverlässigen Truppen sich wieder gegen ihre Regierung wenden. Wahrlich ein trefliches Instrument, das Herr Noske sich geschaffen hat und mit Herr Geßler mit Hilfe des Herrn Seeckt weiter die deutsche Republik zu beschützen gedenkt.

Der Zug nach links.

Von den Betriebsratswahlen im Ruhrrevier liegt bisher das Ergebnis von 98 Zechen vor. Im ganzen sind im Ruhrrevier etwa 350 Zechen vorhanden. Von den Mandaten entfallen auf den Verband der Bergarbeiter Deutschlands 302, auf den Gewerkverein christlicher Arbeiter 134, auf die polnische Berufsvereinigung 51, auf die freie Union 340. In dem Bezirk Helfenkirchen hat die Union die Mehrheit erlangt, jedoch werden einige Wahlen für ungültig erklärt. Die Meldungen über die radikalen Bezirke von Mülheim usw. stehen noch aus.

Der Gewaltakt gegen Gotha.

Wie das VL. aus Gotha meldet, löste der Reichskommissar Holle die Landesversammlung auf und ordnete die Neuwahlen für den 30. Mai an.

Der Staatsrat Thüringens erklärte den 1. Mai als Feiertag.

Zur Regierungsbildung in Sachsen

hat die Landesversammlung der USPD. in Leipzig, wie schon mitgeteilt, beschlossen:

Die USP. lehnte ab, vor Abschluß der Reichstagswahlen und der gleichzeitig vorzunehmenden Wahlen zur sächsischen Volkskammer sich in Sachsen an der Bildung der Regierung zu beteiligen.

Dieser Beschluß wurde in einer sehr ausgedehnten Debatte vornehmlich damit begründet, daß die USP. durch solche Beteiligung an einer Koalition mit den Rechtssozialisten eine gewisse Verantwortung für die Politik übernehme, die die Rechtssozialisten bis jetzt getrieben haben und auf die unsere Partei keinen Einfluß hatte. Die Rechtssozialisten wollen durch eine neue Regierungsbildung ihre Wahlchancen verbessern. Die USP. hat aber keine Veranlassung, dazu beizutragen und den Zersetzungsprozeß der Rechtssozialisten aufzuhalten. Die Wahlen müssen erst Klarheit bringen über das Stärkeverhältnis, ehe man an eine Regierungsbildung denken kann. Dann können die Bedingungen entsprechend formuliert werden.

Eine Anzahl Redner vertrat den Standpunkt, daß man schon jetzt zur Regierungsbildung sich bereit erklären müsse, man dürfe die Verantwortung nicht ablehnen im Interesse der Einheitsfront des Proletariats. Der Antrag des Landesvorstandes, sich vor den Wahlen nicht an der Regierungsbildung zu beteiligen, wurde mit 56 gegen 5 Stimmen angenommen.

In einer besonderen Resolution wurde gefordert, daß die Landtagswahlen am selben Tage mit den Reichstagswahlen stattfinden. Die übrigen Verhandlungspunkte betrafen die Vorbereitung der Wahlen, Aufstellung der Kandidatenliste für den Reichstag und Verwaltungsangelegenheiten.

Die Landesversammlung war von 65 Delegierten, 14 Vertretern der Bezirke, einem Mitglied des Landesvorstandes, einem Mitglied des Zentralkomitees der Partei, 8 Volkskammermitgliedern und zwei Nationalversammlungsmitgliedern besucht. Stimmrecht hatten nur die Delegierten.

Das Loch im Westen

ist nunmehr mit Genehmigung der Entente geschlossen worden. Die Zusage der Entente, die der deutschen Regierung die Befugnis über die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr in den besetzten Gebieten und im Westen übermittelte, trat gerade am Tage des Kapp-Putsches in Berlin ein, so daß eine sofortige Durchführung der Schließung der Westgrenze nicht möglich war. In diesen Tagen nun ist die Grenze durch die Regierung geschlossen, so daß jetzt eine Kontrolle der Ein- und Ausfuhr besteht und die Verschiebung von Produkten ins Ausland, von Waren ins Inland nach Möglichkeit unterbunden werden kann.

Die Immunität der Abgeordneten.

Aus der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung hatte sich in ihrer Sonnabendsitzung wieder einmal mit der wichtigen Frage der Immunität ihrer Mitglieder zu beschäftigen. Es standen nicht weniger als drei Ansuchen von Behörden zur Entscheidung. Abgeordnete der Strafverfolgung auszuliefern. Ein Ansuchen ging von Leipzig aus und betraf unsere Genossen Friedrich und Kurt Geyer. Es handelt sich um die bekannten Anforderungen städtischer Gelder durch den Soldatenrat zur Auszahlung von Löhnen an die Sicherheitswehr. Wegen derselben Sache sind einige mitbeteiligte Genossen zu Gefängnis verurteilt worden, allerdings mit der ausdrücklichen Begründung, daß es sich um keinerlei ehrenrührige, sondern rein politische Maßnahmen handelt. Die Geschäftsordnungskommission der Nationalversammlung beantragte deshalb auch, die Genehmigung zur Strafverfolgung der beiden Genossen nicht zu erteilen. Die Nationalversammlung stimmte dem debattelos zu.

Dann kam der Fall Braß zur Sprache. Auf Anweisung des Reichsjustizministers hat der Reichsanwalt telegraphisch um die Genehmigung zur Strafverfolgung des Genossen Braß nachgesucht, weil er wegen seiner Verhandlungen mit der Rheinlandkommission des Landesverrats verdächtig sein soll. Die Geschäftsordnungskommission hatte wiederum einstimmig beschlossen, die Genehmigung zu versagen, da es sich um ein politisches Vergehen handelt, wenn überhaupt ein solches vorliegt. Hinterher haben die Herren Demokraten sich die Geschichte überlegt und beantragten, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Genossen Braß zu erteilen, wenigstens die Angelegenheit noch einmal an den Geschäftsordnungsausschuß zurückzuweisen.

Die Aussprache über diese Anträge war sehr lebhaft. Genosse Friedrich Geyer unterließ nicht, den Demokraten ihr aller bisheriger Gesinnungslosigkeit hohnsprechendes Verhalten zu Gemüte zu führen. — Der Abgeordnete Protauf entschuldigte die Demokraten mit Unkenntnis der ganzen Sachlage. Sie seien in der Geschäftsordnungskommission überrumpelt worden — trotzdem zwei Mann anwesend waren und keiner zu dem Fall gesprochen hat! — Vom Zentrum sprach der Reichsgerichtsrat Burlage. Er verteidigte eine von der bisherigen Praxis des Reichstages abweichende Stellung. Er möchte, daß künftig das Parlament die einzelnen politischen Vergehen, im Interesse der Staatsordnung, auch nach ihrer Bedeutung beurteile und entsprechend entscheide. Er kündigte an, daß das Zentrum für die Strafverfolgung stimmen werde, wenn der Antrag auf Rückverweisung abgelehnt wird. Unter solchen Umständen stimmten auch die Rechten, die gegen eine Strafverfolgung waren, und die Rechtssozialisten für die Rückverweisung. Es wurde indessen besonders von den Demokraten und Deutschnationalen verlangt, daß die Angelegenheit unbedingt noch vor der Vertagung der Nationalversammlung zur Entscheidung komme. Die Nationalversammlung verwies dann den Fall Braß an die Geschäftsordnungskommission zurück.

Im weiteren wurde das Gesetz zur Ueberführung der Eisenbahnen auf das Reich in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die tschecho-slowakischen Wahlen.

Ueber den sozialistischen Wahlsieg in der Tschecho-Slowakei schreibt die Wiener Arbeiterzeitung u. a.:

Als die weitaus stärkste unter allen tschechischen Parteien zieht die tschechische Sozialdemokratie in das Parlament ein. Die Arbeitenden Volksmassen sind — nicht nur in der Tschecho-Slowakei — längst nicht mehr so urteilslos, wie die Bourgeoisie sie gern haben möchte.

Die größte Ueberraschung aber ist das Wahlergebnis in der Slowakei. Von den 44 slowakischen Mandaten wird voraussichtlich nicht viel weniger als die Hälfte der Sozialdemokratie zufallen, und unter den fünfzehn Mandaten, die den Magyaren und Deutschen der Slowakei zufallen dürften, werden gar zehn ungarische Sozialdemokraten sein. Der Rest der Mandate der Slowakei wird sich zu ungefähr gleichen Teilen auf die klerikalen, nach Budapest gravitierenden und auf die liberalen, tschechenfreundlichen Slowaken verteilen . . . Das wichtigste Ergebnis dieser ersten allgemeinen Wahl in der Slowakei ist das, daß beinahe die Hälfte der Mandate des industriearmen Landes der Sozialdemokratie zufällt. Darin aber drückt sich nicht nur der Protest des Landes gegen das militärische Regime der tschechischen Regierung, nicht nur die Forderung der slowakischen Kleinbauern nach der Enteignung der magyarischen Grundherren aus; die riesige Stimmenzahl, die der Sozialismus gerade in der Slowakei gesammelt hat, ist zugleich auch der Protest der Slowakei gegen den ungarischen Weißen Terror, der nach dem slowakischen Boden giert.

Im ganzen dürften in der neuen Nationalversammlung ungefähr 120 Sozialdemokraten tschechischer, deutscher und ungarischer Nationalität ungefähr 140 (wirklich: 137) Bürgerlichen der drei Nationen gegenüberstehen. Dazu kommen aber noch etwa 22 „tschechische Sozialisten", die sich in den letzten Jahren der Sozialdemokratie beträchtlich genähert haben. So halten die Kräfte des Proletariats und die Kräfte der Bourgeoisie einander ihr Gleichgewicht. Die tschecho-slowakische Nationalversammlung wird unter allen Parlamenten Europas dasjenige sein, in dem der Sozialismus am stärksten vertreten sein wird.

Aber gerade die Tatsache, daß die Vertreter des Proletariats und der Bourgeoisie in ungefähr gleicher Zahl in die Nationalversammlung einzieht werden, wird die Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit wesentlich erschweren. Eine Koalition aller bürgerlichen Parteien wird nicht möglich sein; dazu ist der Gegensatz zwischen den deutschen und den tschechischen Bürgerlichen zu tief. Aber auch eine Koalition der vier sozialistischen Parteien, die in der Nationalversammlung vertreten sein werden, wird schwerlich die Regierung übernehmen können; denn sie würde nicht über eine hinreichende Stimmenmehrheit verfügen und würde an dem Zwiespalt der Ansichten über die Lösung der nationalen Probleme der Republik scheitern. Aber ebenso schwer erscheint es auch, daß die tschechischen Sozialdemokraten und Sozialisten mit den tschechischen bürgerlichen Parteien eine Koalition bilden, während die deutschen und die magyarischen Sozialdemokraten ihnen als Opposition gegenüberstehen; eine solche Stellung würde der tschechischen Sozialdemokratie bald unerträglich werden. So wird mit dieser Wahl die Krise der tschechischen Republik aufs Und diese Krise wird keine Lösung finden, solange sich die tschechische Nation nicht entschließt, ihren Staat neuzubauen auf dem festen Grunde der Gleichberechtigung und der Selbstregierung seiner Völker. Die Wahl, in der im tschechischen wie im deutschen Lager der Sozialismus über den Nationalismus gesiegt hat, ist der erste Schritt auf diesem Wege. Die tschecho-slowakische Republik muß ihn entschlossen und schnell weitergehen, wenn sie sich selbst behaupten und zu einer Stütze der Demokratie in Mitteleuropa werden will.

Internationale Solidarität.

Daß sich die internationalen Beziehungen der Proletarier aller Länder nunmehr auch praktisch wieder stärker anbahnen, zeigt ein erfreulicher Beschluß des Maschinisten-Verbandes von Brooklyn in den Vereinigten Staaten Amerikas. Von diesen Genossen ist an das Zentralkomitee unserer Partei ein Betrag von 2000 Mk. durch die Vermittlung der Kommunistischen Neuyorker Volkszeitung übermittelt worden zur Unterstützung notleidender Familien der Revolutionsopfer.

Das Zentralkomitee hat diesen Betrag sofort dem Unterstützungsausschuß des Zentralrats im rheinisch-westfälischen Industriegebiet (z. H. des Genossen Paul Sauerbrey, Barmen, Alle 237) überwiesen, wo die Summe sofort an die Opfer der Revolution zur Verteilung gelangen wird. Es ist selbstverständlich, daß die Verteilung ohne irgendwelche Rücksichten auf die Parteiangehörigkeit der Opfer vorgenommen wird.

Den klassenbewußten Arbeitern Amerikas, die auf diese Weise ihrem Solidaritätsgefühl Ausdruck verliehen haben, sprechen wir hiermit den herzlichsten Dank aus. Ihre kleine Gabe wird mithelfen, die schrecklichen Wunden zu heilen, die der letzte Kampf im Ruhrgebiet mit sich gebracht hat. Sie wird den heldenmütigen Streitern im Ruhrgebiet neuen Mut und neue Kraft geben, daß in den großen Kämpfen, denen das Proletariat entgegengeht, die Internationale ein wirklicher Machtfaktor sein wird, den Sozialismus in allen Ländern zum Siege zu führen.

Die neue Krankenversicherungsverordnung.

Berlin, 24. April. (WTB.) Nachdem am Freitag die Nationalversammlung sich für die Aufhebung der Krankenversicherungsverordnung, worin die Versicherungspflicht bis auf Einkommen von 20 000 Mk. hinaufgesetzt wurde, ausgesprochen hat, hat die Regierung alsbald dem Reichsrat eine neue Verordnung vorgelegt, worin die Gehaltsgrenze von 12 000 Mk. wieder eingeführt und eine Begrenzung für den Grundlohn auf 24 bis 30 Mk. festgesetzt wird. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Verordnung ist auf den 3. Mai festgesetzt worden, während die neue Begrenzung des Grundlohnes vom 27. April an Geltung haben soll. Der Reichsrat nahm die Regierungsvorlage an.

Die Eroberung der politischen Macht.

Von Artur Crispien.

III.

Die Entwicklung des Kapitalismus.

II.

Die Kapitalisten herrschen wirtschaftlich und politisch und sind mächtig genug, auch die öffentliche Meinung im Sinne der kapitalistischen Interessen zu beeinflussen. In diesen Tagen ging die Meldung durch die Presse, daß ein großindustrieller Konzern, mit Stinnes und dem Krupp-Direktor und deutschnationalen Abgeordneten Hugenberg an der Spitze in Berlin den Verlag Ullstein gegründet haben. Dieses kapitalistische Unternehmen hat die Aufgabe, Zeitungen für die Schwerindustrie aufzukaufen. Nach diesen Meldungen ist der große Verlag von Bürenstein mit 12,5 Millionen Mark angekauft worden. Auch des Scherlschen Verlages habe man sich schon bemächtigt, in dem neben zahlreichen illustrierten Zeitungen die Woche und die Gartenlaube sowie die großen Tageszeitungen Berliner Lokalanzeiger und Tag erscheinen. Aehnliche Nachrichten liegen auch aus verschiedenen anderen deutschen Städten vor. Mit großem Geldaufwand würden Zeitungen aufgekauft oder in deutschnationale Blätter umgewandelt. So setzen auch der Simplizissimus und der Kladderadatsch von dem Zeitungstrust eingefangen. Der Prozeß Erzberger-Helfferich hat auch interessante Einblicke eröffnet in das Getriebe der kapitalistischen Herrschaftsmethode. Der Thyssen-Konzern engagierte den Abgeordneten Erzberger für jährlich 40 000 Mk. zur Vertretung großkapitalistischer Interessen im Parlament und bei der Regierung. Und solche Agenten der Kapitalisten, deren es eine große Zahl gibt, nennen sich — Volksvertreter.

Immer mehr wirtschaftliche Macht konzentriert sich in den Händen einer kleinen Oberschicht reicher Kapitalisten. So gab es z. B. im Jahre 1907 zehn Kapitalisten, von denen jeder 15 Aufsichtsratsstellen in kapitalistischen Gesellschaften inne hatte. Von 13 Kapitalisten hatte jeder 16, von 8 jeder 17, von 2 jeder 18, von 2 jeder 19, von 4 jeder 20, von 2 jeder 21, von 4 jeder 22, von 6 jeder 23, von 4 jeder 24, von 3 jeder 26, einer hatte 27, einer 28, von 2 jeder 29, von 3 jeder 30, einer 33, einer 37 und einer 41 Aufsichtsratsstellen. Was Wunder, daß die Zahl der Millionäre in Preußen von 1805 bis 1911 von 5306 auf 9241 stieg. Frau Bertha Krupp hatte schon damals ein Vermögen von 187 Millionen Mark. Krupp beschäftigte vor dem Kriege 80 000, während des Krieges 115 000 Arbeiter und Angestellte. Täglich wurden 40 000 Granaten geliefert. Fürst Henckel von Donnersmarck's Vermögen stieg von 1897 bis 1908 von 65 auf 177 Millionen, sein Einkommen von 4 auf 12 Millionen Mark. Das Vermögen des Herzogs von Ujest stieg von 1895 bis 1908 von 45 auf 151 Millionen, sein Einkommen von 2,7 Millionen auf 7 Millionen. Graf von Schaffgotsch's Vermögen stieg von 1896 bis 1908 von 21 auf 79 Millionen, sein Einkommen von 4 auf 4 bis 5 Millionen Mark. Das Vermögen des Grafen Thiele-Winkler stieg von 1896 bis 1908 von 18 auf 74 Millionen, sein Einkommen von 2 auf 8 bis 4 Millionen. Fretherr von Rothschild verfügte über ein Vermögen von 107 Millionen. Und vier Fünftel der Bevölkerung Preußens hatten ein Einkommen von weniger als 1500 Mark! 2 Prozent der Bevölkerung besaßen di. Hälfte des Volksvermögens, 20 Prozent das ganze und 80 Prozent der Bevölkerung waren vollkommen ohne Vermögen. Ein Drittel der Bevölkerung wohnte in Wohnungen von 1 bis 2 Zimmern, fast ein Viertel starb an der Schwindsucht und drei Viertel der Volksschulkinder litten nach ärztlichen Berichten an Unterernährung, Skrofulose und Vernachlässigung.

Wir wollen zunächst gar nicht auf amerikanische Verhältnisse eingehen, wo z. B. ein Mann, wie der Finanzkapitalist Morgan, schon vor dem Kriege über Vermögenswerte im Betrage von über 45 Milliarden (nicht Millionen) Mark verfügte. Kürzlich berichtete die Arbeiterzeitung von St. Louis, daß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Jahre 1855 erst 48 Millionäre vorhanden waren. Nach dem Bürgerkrieg von 1861/64 schon 580. Im Jahre 1914 zählte man bereits 5000 Millionäre, und am Ende des Weltkrieges 25 000! Wir können einstweilen auch nicht gründlich auf die Veränderungen der kapitalistischen Verhältnisse eingehen, die der Krieg zur Folge hatte. Noch fehlt es an ausreichendem statistischen Material und an Zeit zu seiner gründlichen Durcharbeitung. Soviel steht aber unbedingt fest: der kapitalistische Profit muß auch in Deutschland nach amerikanischem Muster von dem Millionenfachen ins Milliardenfache übertragen werden. Der gleiche Maßstab gilt auch für die Steigerung der wirtschaftlichen Macht und des Reichtums auf dem einen Pol und die Vergrößerung des Elends auf dem anderen Pol der Gesellschaft.

Wie der Kapitalismus durch seine eigene Entwicklung gleichzeitig seinen Todfeind, das Proletariat, immer zahlreicher und stärker macht, so hat er auch die vorhandenen Widersprüche bis zu unerträglich gewordenen Zuständen gesteigert. Die Konkurrenz ist ein kapitalistisches Grundgesetz. Die Regelung der Produktion durch Unternehmer-Organisationen verstößt gegen dieses Grundgesetz. Die Produktivkräfte haben sich dermaßen entwickelt, daß sie von einzelnen Kapitalisten nicht mehr gebändigt werden können. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel innerhalb der Kapitalistenklasse hat nicht nur längst begonnen, sondern große Fortschritte gemacht. Die Tendenzen zum Sozialismus treten immer mehr hervor. „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch der Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unerträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200426-12/fragment/page=0002

wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriiert." Kein Zweifel, der Kapitalismus hat sich in Deutschland seit 1848 in einem Maße entwickelt, daß heute ökonomisch alle Vorbedingungen für den Sozialismus vorhanden sind.

Bleibt noch die Frage zu beantworten, ob das Proletariat in Deutschland materiell und ideell fähig und stark genug ist, die politische Macht zu übernehmen und den Sozialismus zu verwirklichen.

Die Maifeier in Ungarn.

Wie der Korrespondent der Telegraphen-Union meldet, protestiert die Leitung der christlich-sozialen Fachorganisationen dagegen, daß der 1. Mai auch weiterhin als einheitlicher Arbeiterfeiertag betrachtet werde.

Die ungarische Sozialdemokratische Partei sowie der Gewerkschaftsrat veröffentlichen einen Aufruf an die ungarische Arbeiterschaft, wonach der 1. Mai als Feiertag der organisierten Arbeiter in aller Stille mit Festreden und Arbeitsruhe gefeiert werden soll. Die Grubenarbeiter haben jedoch in Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit ihrer Arbeit beschlossen, am Sonntag als Ersatz für den 1. Mai zu arbeiten, damit die Kohlenförderung nicht leide.

Notizen.

Proteststreik in Venedig. Messagero vernimmt aus Venedig, daß infolge eines Zwischenfalls in einer Kaserne, bei dem ein Soldat einen Offizier erschoß, die Arbeitskammer den Generalstreik proklamiert hat, der am Sonnabend begonnen hat.

Die **Kopenhagener Zeitungen** sind wegen Ausstandes der Typographen nicht erschienen.

Verhaftung eines Kommunisten. Frankfurt a. M., 25. April. Die Kriminalpolizei nahm heute einen Führer der kommunistischen Arbeiterpartei, Minster aus Duisburg-Mülheim, in Schutzhaft.

v. Gilsa befördert. Auf Vorschlag der zuständigen militärischen Stellen hat der Reichspräsident dem Major von Gilsa den Charakter als Oberstleutnant verliehen. — Als v. Gilsa, der Intimus Noskes, v. Seeckt aus dem Reichswehrministerium abgeschoben wurde, angeblich, weil er noch zu „gemäßigt" sei, haben wir gleich vorausgesagt, daß er wahrscheinlich „die Treppe hinauffallen" würde. Diese Voraussage hat sich rasch erfüllt. Es wird weiter lustig „regiert" in der deutschen Republik.

Aus der Partei.

Bücher und Schriften.

Die sozialistische Gemeinde. Die Unfähigkeit der deutschen Koalitionsregierung, besonders auch in ihrer wirtschaftspolitischen Tätigkeit, bedarf keines eingehenden Nachweises. Nicht einmal die gröbsten Auswüchse des kapitalistischen Schieber- und Wuchherertums, hat sie beseitigen können, daß sie irgend welche Sozialisierungs-Arbeit geleistet hätte. Umsomehr ist es die Pflicht unserer Genossen, die sich auf kommunalem Gebiete betätigen, hier nach Möglichkeit gutzumachen, was die Zentralinstanzen und gesetzgebenden Körperschaften versäumten. Gewiß kann nun in der Gemeinde nicht geschaffen werden, was das Reich unterließ, aber es ist doch möglich, Einrichtungen in der Kommune zu schaffen, die gerade auch für die proletarische Bevölkerung mancherlei Erleichterungen bringen. Die Sozialistische Gemeinde, die kommunal-politische Zeitschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie, gibt besonders für diese Arbeit unseren in den Gemeinden tätigen Genossen wertvolle Anregungen und Fingerzeige. Jeder von Ihnen sollte sich deshalb ihre Lektüre zur Pflicht machen und sie zu Nutz und Frommen seiner Kollegen auch durch Mitarbeit aus seiner praktischen Erfahrung heraus unterstützen. Die Nr. 8 der Sozialistischen Gemeinde weist folgenden Inhalt auf: Der März-Putsch und die Gemeinde. — Der Stadtarzt. — Die Sozialisierung der Krankenanstalten. — Die Arbeitszeit der Arbeiter in den Gaswerken. — Aus den Gemeinden. — Aus den Parlamenten. Literatur. — Fragekasten. Die Einzelnummer kostet 50 Pf., vierteljährlich 3 Mk. ohne Bestellgeld.

Proletarier-Jugend. Das neue Doppelheft 6/7 der Sozialistischen Jugendzeitschrift Proletarier-Jugend hat folgenden Inhalt: Den Schulentlassenen zum Gruß, von Anna Siemsen. Wovon der Lehrer in der Schule nichts erzählt, von Gg. Engelbert Graf. — Lebensweisheit Multatulis. — Die Hölle, von August Strindberg. — Lieder der Fahrenden. — Fahrende Leute, von Anna Siemion. — Drahtlose Telegraphie, von Felix Linke. — Das Buch, von F. K. Gruzkey. — Der gute Roman, von Karl Ullrich. — Die Katzenmusik, von E. Bobstedt.

Aus der Provinz.

Die Staatsbehörden zum 1. Mai.

Der kommissarische Oberpräsident unserer Provinz hat bekanntlich erneut verkündet, daß sämtliche von den Militärbefehlshabern oder dem Reichskommissar auf Grund des Belagerungszustandes erlassenen Verordnungen bis auf weiteres bestehen bleiben. Danach würden Versammlungen unter freiem Himmel und Demonstrationszüge verboten sein. Die eigenen Parteigenossen Hörsings würden also auf Grund der Verordnung eines „Sozialdemokraten" nicht die Möglichkeit gehabt haben, den Weltfeiertag des Proletariats in würdiger Weise zu begehen. Das ging doch nicht an. Der „gnädige" Hörsing hat daher geruht, eine Milderung des Ausnahmezustandes für den 1. Mai eintreten zu lassen. Er erläßt eine Verordnung, wonach am 1. Mai für das Gebiet der Provinz Sachsen — mit Ausnahme der Kreise Ziegenrück und Schleusingen — das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 11 Uhr abends aufgehoben wird. Die Versammlungsleiter werden unter Androhung von Gefängnis- und Geldstrafen für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und Vermeidung jeder Verkehrsstörung verantwortlich gemacht.

Die Besorgnis des Herrn Hörsing ist überflüssig, wenigstens soweit die Veranstaltungen der in der USP. organisierten revolutionären Arbeiterschaft in Frage kommen. Wenn nicht deutschnationale Provokateure unsere Veranstaltungen stören, werden unsere Genossen für den ruhigen Verlauf aller Versammlungen unter freiem Himmel sich verbürgen können.

Unsere Genossen in den Elternbeiräten der Schulen seien nochmals auf die Verfüung des Kultusministers aufmerksam gemacht, wonach den Schulleitern anheimgegeben wird, am 1. Mai die Schulen geschlossen zu halten. Wenn es hierdurch den Lehrern und Schülern auch freigestellt bleibt, am 1. Mai zu feiern, so dürfte es in Orten mit starker Arbeiterbevölkerung unseren Genossen in den Elternbeiräten doch ein leichtes sein, den Ausfall des Unterrichts am Maifeiertag ebenso durchzusetzen, wie es bisher an kirchlichen Feiertagen geschah. Die Arbeiterschaft wird jedenfalls aufgefordert, ihre Kinder am 1. Mai nicht zur Schule zu schicken, sie vielmehr an der Maifeier teilnehmen zu lassen. Unsere Jugend soll einst das Erbe ihrer Väter antreten, da ist es von Wichtigkeit, daß auch sie den 1. Mai als allgemeinen Arbeiterfeiertag zu würdigen weiß.

Sangerhausen. Diebstahl eines Denkmals. Das bekannte Denkmal „Die Wasserschöpferin" des Bildhauers Künne ist aus dem Rosarium gestohlen worden. Die überlebensgroße Figur muß von mehreren Leuten weggeschleppt worden sein. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Bitterfeld. Tödlich verunglückt ist im Elektronwerk I der Arbeiter Franz Hintersdorf aus Delitzsch. Der Unfall entstand dadurch, daß in dem Arbeitsraum des Hintersdorf, in dem Säurebehälter aufgestellt waren, sich plötzlich Gase entwickelten und eine schwere Explosion hervorriefen.

Düben. Stadtverordnetensitzung. Die Zeichenklasse 3 der Fortbildungsschule war vor Jahren eingestellt worden. Da die Schülerzahl in diesem Jahre jedoch wesentlich gestiegen ist, wurde die Klasse auf Antrag des Leiters der Anstalt wieder eröffnet; die hierdurch entstehenden Unkosten wurden bewilligt. Die Gartenstraße soll bis zur Sandgasse erweitert werden, wozu die notwendigen Mittel bereitgestellt wurden. Die Verpachtung der städtischen Muldenwiesen auf 3 Jahre wurde gutgeheißen, der zuständigen Kommission wurde die Ermächtigung zum sofortigen Zuschlag an die Meistbietenden erteilt, die Pächter müssen allerdings Einheimische sein. Auf Antrag des Genossen Riediger wurde beschlossen, nun endlich einen ordentlichen Bebauungsplan anzulegen. In der geheimen Sitzung wurden Gehaltserhöhungen von 2 jüngeren Schreibhilfen vorgenommen. — Das Programm zum 1. Mai ist nunmehr vom Partei- und Gewerkschaftskartell fertiggestellt worden. An alle Partei- und Gewerkschaftsgenossen wird der Appell gerichtet, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen und sich geschlossen an den getroffenen Veranstaltungen zu beteiligen. Außerdem sei schon jetzt auf die Mitgliederversammlung der Partei am Sonnabend, den 8. Mai, aufmerksam gemacht, in der die Vorstandswahlen getätigt und sonstige hochwichtige Tagesordnungspunkte erledigt werden sollen.

Torgau. Das Gewerkschaftskartell nahm in der letzten Sitzung zur Frage der Einwohner- bezw. Ortswehren Stellung. Da durch Verordnung der Regierung die Auflösung der zum weitaus größten Teile reaktionären Einwohnerwehren angeordnet ist, war es notwendig, sich auch mit den diesbezüglichen Verhältnissen hier am Orte zu befassen. Entgegen der früheren Stellungnahme, sich nicht an der Einwohnerwehr zu beteiligen, waren die Delegierten diesmal der Meinung, daß der Arbeiterschaft in der zu gründenden Ortswehr der ihr gebührende Einfluß gesichert werden müsse, was nur durch massenhaften Eintritt möglich sei. Einstimmig wurde beschlossen, sich an der Einrichtung der neuen Ortswehr zu beteiligen. Außerdem soll die Gründung einer Ortsgruppe des Republikanischen Führerbundes in die Wege geleitet werden. Zu diesem Zwecke findet in Kürze eine Versammlung statt. Als Delegierter zu der am 16. Mai stattfindenden Kartellkonferenz wurde Genosse Kroll gewählt. Mit dem von der Maifeierkommission ausgearbeiteten Festplan war man einverstanden. Die Arbeiterschaft ist gehalten, an diesem Tage die Arbeit ruhen zu lassen. Genosse Kroll ermahnte die Delegierten, eifrig die Sammlung für die Revolutionsopfer zu fördern, damit die Witwen und Waisen der Märzgefallenen und die Verletzten nicht in Not geraten. Von den männlichen Mitgliedern sollen für diesen Zweck 5 Mk. und von den weiblichen 3 Mk. Extrabeitrag erhoben werden.

Torgau. Noch eine Schwurgerichtsverhandlung wegen Meuterei wurde in der Strafanstalt Lichtenburg erledigt. Am 28. Januar versuchten die Angeklagten, Gefangene der genannten Strafanstalt, nach Ueberwältigung des diensthabenden Justizwachtmeisters zu fliehen, was jedoch durch einen hinzueilenden Beamten verhindert wurde. Das Urteil lautete bei dem Schlosser Adam und dem Arbeiter Kellner auf je 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, bei dem Schneidergesellen Scheller auf 2½ Jahre, und bei dem Schlosser Kortbals auf 2 Jahre Gefängnis.

Elsterwerda. Die Zustellung des Volksblattes wird von jetzt an regelmäßig erfolgen, nachdem eine zuverlässige Genossin (Frau Krippahl, Mückenbergerstraße 16) das Austragen der Zeitungen übernommen hat. Ehrenpflicht eines jeden Arbeiters ist es, das Blatt zu abonnieren, das allein seine Interessen vertritt. Gerade diese Zeit bedingt es, daß man die politischen Ereignisse aufs genaueste verfolgt. Leider gibt es auch hier am Orte noch zahlreiche Arbeiter, die nicht politisch organisiert sind. Diese gilt es für den Sozialismus zu gewinnen. Ein mächtiges Werbemittel bei der Agitation bildet die revolutionäre Arbeiterpresse. Sorgt daher in den nächsten Tagen für möglichst starke Verbreitung des Hallischen Volksblattes, hierdurch rüstet ihr schon jetzt für die kommenden Wahlen.

Mücheln. Auf dem Braunkohlenwerk Pfännerhall der Hallischen Pfännerschaft-AG. bei Braunsdorf geriet ein Trockenofen in Brand. Beim Löschversuch erfolgte eine schwere Explosion, die das Wellblechdach der Halle abdeckte und sämtliche Fensterscheiben zertrümmerte. Vier Personen erlitten zum Teil schwere Brandwunden.

Magdeburg. Der Streik der Straßenbahnangestellten dauert noch an. Die berechtigten Forderungen der Straßenbahner haben beim Publikum volles Verständnis gefunden, allgemein wurde anerkannt, daß entsprechend den heutigen Zeitverhältnissen den Angestellten die notwendige Aufbesserung ihrer Bezüge nicht versagt werden dürfe. Dem Druck der öffentlichen Meinung nachgebend, hatte die Straßenbahndirektion sich schließlich herbeigelassen, den Straßenbahnangestellten ein Darlehen von 200 Mk. zuzusagen, während die Lohnforderungen durch eine Schlichtungskommission geregelt werden sollten. Die Straßenbahner waren hiermit einverstanden, verlangten aber selbstverständlich die Bezahlung der Streiktage, was indes von der Direktion schroff abgelehnt wurde, weil nach Ansicht dieser Leute der Streik einen Bruch des Tarifvertrages darstellt und die Bezahlung der Streiktage eine Prämie auf den Vertragsbruch bedeuten würde. (!) Darauf haben die Straßenbahner in einer Versammlung die Fortdauer des Streiks beschlossen, bis die Streiktage bezahlt sind.

Dessau. Großen Schiebungen mit Militärausrüstungsgegenständen, namentlich Mänteln, Hemden und Schuhen, die aus Militärbeständen herrührten und für entlassene Kriegsgefangene bestimmt waren, kam die hiesige Kriminalpolizei auf die Spur. Die Sachen hatte eine Heeresversorgungsstelle in Roßlau eingelagert, wo sie von zwei Reichswehrsoldaten, Angehörige eines früheren elsässischen Bezirkskommandos, „verwaltet", d. h. veruntreut wurden. Um leichtsinnig gemachte Schulden decken zu können, stahlen sie in kurzer Zeit 100 Mäntel, 160 Hemden und Unterhosen, 75 Paar Stiefel und 60 Paar Strümpfe. Der größte Teil der Sachen konnte wieder herbeigeschafft werden, darunter ein in Berlin lagernder Koffer mit 40 Paar Stiefeln. In der Angelegenheit sind bisher sieben Verhaftungen vorgenommen worden.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis Hans Bohlo; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte Johann Janß n; für Anzeigen: Hermann Schake, Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

34]

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

Als er aus dem Beichtstuhle trat und das junge, schöne Weib zu ihm aufsah mit dem bleichen, reglosen, frommen Antlitze, da meinte auch er sagen zu dürfen: „Wer sich rein fühlt, der werfe den ersten Stein auf sie! Gehe hin und sündige nicht mehr!" Mächtig hob sich seine Brust. Er reckte sich empor. Heiliger Ernst lag über seinen Zügen und aus seinen Augen blickte eine Milde und gelassene Ruhe, als sähe er die Dinge in dem Lichte einer weltentlegenen Sonne, in all' ihrem dürftigen Scheine und ewigen Wandelbarkeit. Zu der Stunde war dieser häßliche Mensch schön; schön, wenn es je eine durchgeistigte Form über eine leere vollendete davontrug.

Er trat an die Dirne heran, die Worte seines Herrn und Meisters zu gebrauchen, schien ihm doch eine Entwürdigung. Er berührte flüchtig mit der Hand ihren Scheitel und hieß sie mit leiser Stimme aufstehen und gehen.

Helene raffte sich rasch auf und lief nach der Kirchenpforte, der Kaplan schloß hinter ihr ab, begab sich in die Sakristei, wo er hastig seinen Ornat ablegte und dann durch ein kleines Pförtchen hinaus ins Freie trat.

Es begann zu dämmern.

Hinter der Kirche lief durch dichten Busch ein schmaler Pfad, wenige Schritte lang, bis zur Ecke der niederen Friedhofmauer, dort lehnte sich der junge Geistliche an das Gestein, und sah über die Ruhestätte der Toten hinweg, in die Ferne. Einzelne Sterne blinkten dort über den Hügeln.

Und dort in unermessenen Weiten, dahinter dem allem, wo kein Stern mehr kreist, waltet, was die Myriaden Stäubchen aufleuchten, erglühen, wirbeln macht, alle zu sich emporzwingt und zu dem aller Staub aufstrebt, der tote, wie der belebte; jene alleinige Kraft und Macht, die auf öden Gestirnen die Steine klingen läßt und auf bewohnten den Hall atmender Kehlen weckt und die unmittelbar an uns rührt, wenn Hohes, Hehres, Gewaltiges uns in erschauernder Seele erfaßt, von dem wir nicht wissen, woher es uns komme, nur, daß es nicht des Staubes ist!

Aus solch' innerster Lohe brach wohl die heilige Flamme der Offenbarung hervor, und für den, der getreulich ihre Wärme und Segnungen spendet, kommt die Stunde, da ein Funke ihrer Glut in seinem Herzen anglimmt und er sich einen Teil jener alleinen Kraft fühlt!

Der junge Priester breitete die Arme gegen den Himmel; da raschelte etwas zwischen den Gräbern, eine Maus, oder eine Eidechse, er schrak leicht zusammen und sah eine Weile nach dem welligen Rasen hinüber, dann faltete er die Hände und senkte demütig das Haupt.

„Dem Herrn allein die Ehre und mit den Frieden des Wandels nach seinem Worte."

Ach, nur selten sind jene Augenblicke überwältigender Begeisterung, in denen der Mensch gleichsam einen Weg aus sich heraus und über sich hinweg findet! Rasch zerrt das Alltägliche ihn wieder an sich und stopft ihn unter den gewohnten Hausrat, der fast zu einem Teil des Selbst geworden ist, und je niedriger ein Gerät, um so aufdringlicher erscheint dessen Dienstleistung; es ist, als ob dasselbe spöttisch kicherte: Euer Herrlichkeit geruhten ein wenig Gott zu spielen, haben aber darüber meinen Gebrauch doch nicht verlernt.

Schon am nächsten Nachmittage stak der Kaplan wieder in der dumpfigen Amtsstube. Vor der Türe derselben stand lauschend der Pfarrer. Von Zeit zu Zeit schallte innen ein klatschender Klaps. Als es dem alten Herrn zu viel ward, polterte er lachend hinein. „Lieber Herr Sederl, nein, das kann nit weiter so fortgehen, die Verantwortung nähm' ich nit auf mich. Sie legen ja förmlich Hand an sich! Gleich morgen früh schick' ich zum Kramer um ein Flieg'npapier, woll'n hoffen, daß mer bei dem Spitzbub'n ein echt's kriegt und wir die Mucker los werd'n, denn wenn wir's mit'm d'raufg'streuten Zucker nur füttern möchten, dann hätt'n mer uns rein noch welche dazug'kauft."

Helenens Schreck im Beichtstuhle war ein aufrichtiger, der Ausbruch ihres Jammers kein gemachter, berechneter. Sie fürchtete eine Verweigerung der Absolution, eine entehrende Bloßstellung vor den Leuten, oder irgend ein anderes, sie wußte selbst nicht was, das ebenso all' ihre Aussichten und Pläne für die Zukunft zernichten konnte. Sie vermochte auch auf dem Heimwege ihrer Aufregung noch nicht Herr zu werden und gelobte dankbaren Herzens, sich von Zeit ab brav und rechtschaffen zu halten, „weil nur diesmal alles gut ausgegangen".

Zur Stunde aber, wo Kaplan Fliegentödter vom Pfarrer überrascht wurde, musterte sie ihren Brautstaat, der über ihrem Bette ausgebreitet lag, und trällerte dabei und sang Schnadahüpfeln.

„Kein' Katz, was nit maust,
„Kein' Spatz, was nit fliegt,
„Kein' Bäu'rin, was haust,
„Und 'n Mon nit betrügt."

Das war gestern eine Beicht' gewesen! Ei, wohl, eine schwere, harte Beicht'. Gott sei Dank, daß es überstanden war!

Der alte Pfarrer kannte seine Beichtkinder und war überzeugt, daß einige von ihnen nur durch geänderte Verhältnisse, in die sie sich wohl oder übel schicken mußten, zur Vernunft zu bringen wären, darum sah er es wohl auch gerne, wenn die Zinshofer'sche Dirn unter die Haube kam, und darum sagte, bezüglich jener Beichte, — da ihn ein leises Mißtrauen gegen einen beidteiligen, nachhaltigen Erfolg derselben beschleichen mochte, — zu dem Kaplane: Sie können dabei was lernen!

Damit behielt er Recht.

XIV.

Wenige Tage vor der Hochzeit Muckerls mit Helenen legte sich die alte Kleebinderin krank zu Bette. Es bot dies willkommenen Anlaß, jede lärmende Feier, welche leicht zu bösartigen Späßen und gehässigen Ausschreitungen Gelegenheit geben konnte, zu unterlassen und sich mit einer stillen Trauung zu begnügen, ohne daß es aussah, als ob man sich durch Furcht vor den Leuten einschüchtern und im freien Willen beschränken ließe.

Freilich fiel es dem jungen Weibe hart, so ohne Sang und Klang in sein neues Heim ziehen zu müssen. Helene hätte eher allem Spott und Hohn getrotzt, als auf etwas verzichtet, das sie in eigenen und fremden Augen gegen andere Hochzeiterinnen zurückstehen ließ, da es sich aber schickte, daß sie sich mit der Lage ganz in der Weise abzufinden hatte, wozu jeder andere der gleiche Fall verpflichtete, so war sie heimlich darüber froh.

Am Abende des Hochzeitstages eilte sie hinüber nach ihrer Hütte, „ihr Sacherl", — wie sie ganz freimütig eingestand, — „zurückzuholen" in das Haus, woher es gekommen.

Die alte Zinshofer saß nachdenklich und gedrückt auf der Gewandtruhe; sie hatte den einen Arm über das nicht allzu große Bündel gelegt. Helene zog ihr dasselbe darunter hinweg und sagte, in der Stube herumblickend: „Schau', jetzt hast 'n ganzen Raum für dich; wird dir auch wohltun. Gute Nacht!"

Mit diesen Worten verabschiedete sie sich von der Stätte ihrer Kindheit und von der Mutter.

Vom nächsten Morgen ab schaltete sie im Kleebinderschen Heimwesen. Sie fragte nicht nach, wie die Schwiegermutter es bisher mit manchem gehalten habe und wohl auch fürder damit gehalten wissen wollte; die arme Alte aber, die siech darnieder lag, konnte sich nicht einmengen, wenn sie auch gewollt hätte. Kam die Zinshofer mit unerbetenen Ratschlägen, so wurde sie von der jungen Kleebinderin zum Hause hinausgescholten, wofür die gekränkte Mutter dem ungeratenen Kinde die Strafe Gottes in Aussicht stellte; doch ließ der Himmel in bekannter Langmut den unkindlichen Frevel „aufsummen", obwohl die Alte allwöchentlich mindestens einmal zeternd und belfernd von der Jungen hinweglief.

Des Holzschnitzers Mutter, das arme, kranke Weib, war nun freilich außerstande, das Haus zu verlassen, auch machte das schwere Siechtum sie anderen Sinnes; sie wollte in der Hütte sterben, in der sie die längste Zeit ihres Lebens verbracht, sie wollte in ihren letzten Tagen ihr einziges Kind um sich haben, wie nah' es ihr auch ging, dessen Neigung mit einer anderen teilen zu müssen und mit welcher anderen! Sie mißtraute derselben, ja, sie bangte, „weil sie so gar elend und unnütz' herumläge", daß das junge Weib sie dem verliebten, nachgiebigen Manne ganz entfremden und verleiden könne und sie glaubte vorbauen zu müssen und sagte oft, ohne eigentlichen Anlaß: „Wenn ich merken tät', daß ich da im Haus zur Last fall', ich ging gleich, mich sollt' nix halten.

Daraufhin blickte der Sohn sie jedesmal mit großen, bittenden Augen an, aber er blieb stumm; daß ihn irgend etwas von seiner Mutter zu trennen vermöchte, schien ihm so ganz undenklich, daß es ihm an einer Entgegnung an Worten gebrach und so unterblieb auch jede Beteuerung seiner unveränderten Kindesliebe, nach welcher die arme Kranke wohl erwartend hinhorchte, und die sie ihm, sich zur Tröstung und Beruhigung, von der Zunge lösen wollte. Es war aber noch ein anderes, das ihm die Kehle zuschnürte; er merkte die Eifersucht zwischen der alten und der jungen Frau und da doch an beiden sein Herz hing, so hielt er es für überflüssig, der einen in Gegenwart der andern gute Worte zu geben und vermied es des lieben Hausfriedens willen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200426-12/fragment/page=0003

Versammlungs-Anzeiger USPD.
Halle und Saalkreis.
Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24.
Wochentags geöffnet von 9-1 und 4-7 Uhr.
Fernsprecher 1473.

Außerord. Funktionärsitzung
am Mittwoch, den 28. April, abends 7 Uhr, im Volkspark, Burgstr. 27 (Restaur.-Saal).
Zur Teilnahme sind verpflichtet:
die Distriktsführer, die Kassierer, die Straßenvertrauensleute und die
R. B. nach Verständigung mit der Leitung.
Bei der hohen Wichtigkeit der zu behandelnden Fragen, auch die Maifeier steht mit zur Besprechung, ist das Erscheinen aller Geladenen unbedingt erforderlich. Das Mitgliedsbuch der Partei ist vorzuzeigen.

In der Sache Felixbrodt
hat der Vorstand eine eingehende Prüfung der erhobenen Beschuldigungen vorgenommen. In zwei Sitzungen, zu der alle Teile geladen waren, ist nicht einmal der Versuch gemacht worden, die Beschuldigungen zu begründen. Die Genossen Felixbrodt haben demgegenüber durch einwandfreie Zeugen den Beweis geliefert, daß sie allen Anforderungen, die die Partei an Genossen stellt, gerecht geworden sind. Der Vorstand bedauert, daß durch unbeweisbare Behauptungen die Genossen Felixbrodt verdächtigt worden sind.
635 **Der Vorstand.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven und Roßgulasch

in der Talamtschule am Dienstag, den 27. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 18001—29000, vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 29001—40000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit einer Person eine ½-Kilodose Fleisch- oder Wurstkonserven, an Haushalte mit zwei Personen eine Einkilodose Roßgulasch und an Haushalte mit drei Personen eine ½-Kilodose Fleisch- oder Wurstkonserven und eine Einkilodose Roßgulasch usw. abgegeben werden. Der Verkaufspreis für eine ½-Kilodose Fleisch- und Wurstkonserven beträgt 5,00 Mk. und für eine Einkilodose Roßgulasch 11,00 Mk.

Städtischer Verkauf von Malzextrakt an Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre

in der Talamtschule am Dienstag, den 27. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 18001—29000, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 29001—40000, nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann für jede zum Bezug berechtigte Person eine Büchse Malzextrakt zum Preise von 2,60 Mk. abgegeben werden.

In der Woche vom 26. April bis 2. Mai wird für Kinder vom 4. bis 6. Lebensjahre auf die Milchkarten der Klasse IV gegen Abgabe der für diese Tage gültigen Milchkartenabschnitte 1 Dose kondensierte Milch zum Preise von 3,50 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei denjenigen Milchhändlern, bei denen die Anmeldung zur Kundenliste bewirkt ist. Die Milchkartenabschnitte sind zu Hunderten gebündelt in besonderem Umschlage bis spätestens Dienstag, den 4. Mai, dem Stadternährungsamt, Abteilung II, einzureichen.

Polizeiliche Räumungen von Wohnungen durch das Wohnungsamt.

Das Städtische Wohnungsamt nimmt Veranlassung, unter Hinweis auf mehrere in letzter Zeit vorgenommene polizeiliche Räumungen widerrechtlich bezogener Wohnungen wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß die Besetzung aller freiwerdenden Wohnungen und zum Wohnen geeignete Räume ausnahmslos durch das Wohnungsamt erfolgt. Die Vermieter sind bei Vermeidung hoher Geldstrafen verpflichtet, alle freiwerdenden Wohnungen innerhalb 3 Tagen nach Eintritt der Vermietbarkeit auf dem vorgeschriebenen Formular im Städtischen Wohnungsnachweis, Gr. Berlin 11, zur Anmeldung zur Anmeldung zu bringen, von wo aus Mieter zugewiesen werden. Nur die unter dieser Voraussetzung abgeschlossenen Mietverträge sind rechtsgültig und werden vom Wohnungsamt genehmigt. Widerrechtlich bezogene Wohnungen werden polizeilich geräumt. Eine Kontrolle des Mietwechsels ist durch die polizeilichen An- und Ummeldungen lückenlos durchgeführt. **Wohnungsamt.**

Verkauf von Nutzhölzern betreffend:

Unter den städt. Holzbeständen bei der Ortskohlenstelle befinden sich Nutzhölzer, wie Eiche, Buche, Pappel, Rüster usw., die für das Stellmacher- und dergl. Gewerbe geeignete Verwendung finden könnten. Diese Nutzhölzer sollen zum Verkauf kommen. Reflektanten wollen mit der Ortskohlenstelle, Marktplatz 22, oder mit der Lagerverwaltung, Hafenstraße, in Verbindung treten.
Halle, den 23. April 1920.
Der Magistrat. Ortskohlenstelle.

An die Imker:

Seitens der Staatsregierung sind nunmehr denjenigen Imkern, die sich auf Grund der früheren Bekanntmachung rechtzeitig in die Ortslisten eingetragen haben, für jedes überwinterte Bienenvolk 2½ Pfund Zucker zur Verfügung gestellt worden. Eine größere Menge ließ sich bei der großen Zuckerknappheit nicht erübrigen. Die Zugehörigkeit zu einer Imkerorganisation ist auf die Zuckerverteilung ohne Einfluß. Der Zucker wird unvergällt und zu dem für Inlandszucker geltenden Preise abgegeben. Die Imkervereine und sonstigen Verteilungsstellen sind berechtigt, für ihre Unkosten und Mühewaltung eine Gebühr bis zu 1 Mk. für jeden zugeteilten Doppelzentner Zucker zu erheben. Die Erhöhung der Gebühr ist eine notwendige Folge der Erhöhung aller Unkosten, namentlich der Fracht- und sonstigen Transportkosten. Von der Abgabe von Honig zur Krankenernährung wird, wie bereits bekannt gegeben, die Zuckerlieferung nicht wieder abhängig gemacht, dagegen muß der aus dem Vorjahre noch rückständige Honig unbedingt nachgeliefert werden.

Erstaufführung!
„Tänzerin Tod!“
Gesellschaftsdrama in 5 Akten. Vorführung: 4.45 6.50 9.00. 638
Hierzu das reizende Lustspiel in 2 Akten: „Tee oder Schokolade“ mit Gerhard Dammann und Hansi Dege in der Hauptrolle.
CT
Gr. Ulrichstr. 51. Fernr. 4681. Einlaß 3½ Uhr. Beginn 4 Uhr.

Thalia-Theater.
Ab 1. Mai 1920:
Grosse internat. Ringkampf-Konkurrenz
um die Meisterschaft von Europa *242
und um 10000 Mark in bar.
Vorher das brillante Varietee-Programm.
— Alles Nähere, sowie Verkaufsstellen, siehe Anschlagsäulen. —

Bekanntmachung.

In der Nacht zum 18. April 1920 wurden in der Nähe des **Messingwerks** bei **Hettstedt** der Handelsmann **Wilhelm Drosihn** und in derselben Nacht in Hettstedt dessen **Ehefrau** durch Pistolenschüsse und Messerstiche ermordet. Den Ehemann Drosihn wurde ein Geldbetrag von 20000 Mk. geraubt. Der Täter ist offenbar in beiden Fällen dieselbe Person. Er wird beschrieben als ein Mann von 30 bis 35 Jahren, der 1,72 bis 1,78 m groß, stark gebaut ist, länglich blasses Gesicht mit englisch geschnittenem Schnurrbart hat und dunklen Anzug sowie weichen, dunklen Hut trug. Die Haare trug er an der rechten Stirnseite tief heruntergekämmt, so daß sie unter dem Hute hervor bi[s] an die Augenbrauen reichten.

Für [d]ie Ermittlung des Täters hat der Herr Regierungspräsident in Merseburg eine Belohnung von **2000 Mk.** ausgesetzt, über deren Verteilung er unter Ausschluß des Rechtsweges entscheidet.

Sachdienliche Angaben werden zu den Akten 7. J. 843/20 erbeten. 631

Halle a. d. S., den 24. April 1920.

Der Erste Staatsanwalt.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung.**

Wer diese Pflicht böswillig versäumt, bekommt keinen Zucker. Für die Nachlieferung gelten die vorjährigen Bestimmungen.

Berichtigung.
Nährmittel- und Brotaufstrich-Verteilung in der Woche vom 26. April bis 1. Mai 1920.

In Abänderung unserer Bekanntmachung vom Sonnabend, den 24. April 1920, weisen wir darauf hin, daß ¼ Pfund Ackerbohnen, zum Preise von 1,08 Mk. für das Pfund, und ¼ Pfund Haferflocken, zum Preise von 2,20 Mk. für das Pfund, zusammen auf die Marke 512 des Warenbezugsscheines Nr. 29 abgegeben werden.

Delitzsch.

Städtischer Lebensmittelverkauf.

Butter, vom Dienstag, den 27. d. M. an, 25 Gramm für 75 Pf. **Kartoffeln**, 9. Woche, 3 Pfund, das Pfund für 20 Pf. **Nährmittel** für Kinder, Kranke und Personen über 70 Jahre, auf Weißbrotkarten, wöchentlich je ½ Pfund Hafermehl, das Pfund für 2 Mk., oder ⅛ Pfund Auslandsgrieß, für 2,90 Mk. das Pfund, in den Bäckereien Bröse, Max Hennig und Weißer. **Schweineschmalz**, vom Dienstag, den 27. d. M. an, auf Butterkartenabschnitte der 19. Woche, je 50 Gramm für 1,80 Mk. **Speisebohnen**, vom Dienstag, den 27. d. M. an, gegen Vorzeigung der Brotkarte. je ½ Pfund für 2,10 Mk., bei Abendroth, Aue, Blättermann, Döring, Gottschalk, Hesse, Hecht, Hofmann, Hoyer, Kluge, Konsumverein, Müller (Kohlstraße), Münzer (Markt), Franz Naumann, Pönitzsch, Reichart, Schmidt (Gertitzerstraße), Voigtmann, Richard Werner, F. A. Werner (Leipziger Straße), Worg.

Delitzsch, den 24. April 1920.
*239 **Der Magistrat.**

Zwieback-Höchstpreis.

Mit Rücksicht auf die erhöhten Löhne, Mehl-, Butter-, Zucker- und Kohlenpreise wird von heute an der Kleinhandels-Höchstpreis für eine Wochenmenge = 325 Gramm Zwieback auf 1,70 Mark festgesetzt.

Delitzsch, den 23. April 1920. *239
Der Magistrat.

Bitterfeld.

Speisefettverteilung
für die Woche vom 25. April bis 1. Mai 1920.

In der Woche vom 25. April bis 1. Mai d. J. werden 100 Gramm Inlandsmargarine an die Versorgungsberechtigten ausgegeben.

Bitterfeld, den 22. April 1920.
Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
Lamscha.

Zuckerbelieferung für Monat Mai.

Die Provinzialzuckerstelle in Magdeburg hat folgendes bestimmt: 1. Zwecks Vereinheitlichung der Provinzversorgung und wegen der Ungewißheit, ob es dem Reiche möglich sein wird, die bisherige Kopfmenge Verbrauchszucker dauernd weiter zu gewähren, wird vom Mai d. J. an anstatt der 625-Gramm- und 750-Gramm-Zuckermarken eine einheitliche Marke, lautend auf eine Monatsmenge, ausgegeben werden. Welche Zuckermenge darauf zu verabfolgen ist, wird jeweils für den betreffenden Monat von der Provinzialzuckerstelle bestimmt werden. Nach Möglichkeit soll an der bisherigen Menge festgehalten werden. 2. Die auf die Mai-Zuckermarke zu liefernde Monatskopfmenge wird auf 625 Gramm festgesetzt.

Bitterfeld, den 23. April 1920.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses des Kreises Bitterfeld. Lamscha.

Stadttheater.
Dienstag, den 27. April, Anfang 7½ Uhr, Ende nach 10½ Uhr:
Der Wildschütz.
Mittwoch: 629
Der fliegende Holländer.

Leisten
497 große Auswahl, moderne Formen.
Paul Andersch,
Magdeburger Str. 8.

Benzol, Oele
kauft jeden Posten
C. Köhler,
Maschinen- u. Apparatebau.
Kleiner Sandberg 23.
Tel. 5192. 122

Kopfläuse u. Brut
*45 vernichtet radikal
Lausito 3fach stark geruchlos
Flasche 5,00 Mark, zur Kur ausreichend in Apotheken u. Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an Neopharm, Hannover 46

Schulbücher aller Art
empfiehlt die
Volks-Buchhandlung.
Harz 42/44.

Walhalla-Operett.-Theater. 632
Anfang ½8 Uhr:
Letztes Auftreten von Edmund Ferry!
Zum letzten Male:
Eine Nacht in Venedig.
Dienstag bis Freitag
4 Abschieds-Tage von M. Peter u. Gust. Bertram.
Auf vielseitig. Wunsch:
Schwarzwaldmädel.
(Keusche Susanne, wie vorgestern angekündigt wird nicht gegeben.)
Kasse 10-1½ u. 4-5½.

Mod. Küche Wascht. b. zu verk. Kl. Ulrichstr. 23. 628

Apollo-Theater
Nur noch 5 Aufführung.!
Täglich abends 7½ Uhr:
Das Glücksmädel.
Vaudeville v. Schwartz, mit Fanny Köbe u. Fritz Schulz. 634

60

Preisliste gratis
C. KLAPPENBACH
Fachgeschäft u. Versandhaus für sanitäre Artikel
Halle a/S. Gr. Ulrichstr. 41
Fernr. 6545.

U.T 637
Leipziger Straße 88
Fernruf 1224
Ossi Oswalda
in dem tollen Lustspiel in 3 Akten:
Hundemamachen.
Vorführung: 5.20 7.30 9.50.
Tot od. Scheintot?
Wahre Episode aus dem Leben.
Hauptdarsteller: Erich Kaiser-Titz.
Vorführung: 4.00 6.10 8.30
Beginn 4 Uhr.
Alte Promenade 11a
Fernruf 5738
Henny Porten
in dem Lustspiel in 4 Akten:
Kohlhiesels Töchter
Vorführ.: 5.00 7.10 9.20
Frauenehre
Drama in 4 Akten nach Sardou,
Hauptdarsteller: Grete Lundt.
Vorführ.: 4.00 6.10 8.20
Freikarten hab. nur b. 6 Uhr Gültigkeit.
Beginn 4 Uhr.

Bitterfeld.
Am 1. Mai ruht die Arbeit!
Vormittag von ½10 Uhr an:
Sammeln zur
Demonstration
der Bevölkerung d. Industriebezirks Bitterfeld.
Abmarsch 10 Uhr vom Gesellschaftshaus.
Die Aufstellung wird noch bekanntgegeben.
Die Demonstrationszüge der Ortschaften Greppin, Wolfen, Roitzsch, Ramsin, Zscherndorf, Holzweissig, Sandersdorf, Niemegk, Pouch, Mühlbeck, Friedersdorf, werden durch Ordner an den Aufstellungsort geführt.
Anschliessend:
Massenversammlung
auf der Binnengärtenwiese,
*238 mit
Ansprachen und Massengesängen
der
Arbeitergesangvereine von Greppin, Holzweissig, Bitterfeld usw.
Arbeiter, Angestellte, Beamte, Frauen u. Mädchen,
jeder hat daran teilzunehmen.
Nachmittags und abends:
Festveranstaltungen auf fast allen Sälen.
Die sozialistischen Parteien.
Das Gewerkschaftskartell für Bitterfeld u. Umgegend.

USP-Maifeier, Belgern.
Früh 5 Uhr:
Musik-Wecken.
Früh 6 Uhr:
Ab Richters Lokal zum Ausflug.
Nachmittags 2 Uhr:
Volks-Versammlung
im Gasthof zum weissen Ross.
Anschließend
Festzug nach dem Marktplatz. — Festrede.
*490 Die Festleitung.

!!! Sommersprossen !!! verschwinden!
auf welche einfache Weise, teilt Leidensgenossen unentgeltlich mit *241
Frau Elisabeth Frucht, Hannover 331, Schließfach 238.

Jetzt ist es Zeit, Salzgemüse zu kaufen!
Weißkohl Pfd. 10 Pf.
Möhren „ 20 „

Land-Eier
frisch und gross
Stück 140 Pf.
F. H. Krause
in allen Filialen. 636

Hühneraugen
Hornhaut, Ballen und Warzen *1
beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit
Kukirol. In vielen tausend Fällen glänzend bewährt. Kukirol ist in Apotheken und Drogerien zum Preise von Mk. 1.60 erhältlich. Lassen Sie sich nichts anderes aufreden, es gibt nichts Besseres.

Familien-Nachrichten.

Durch Unfall, unter qualvollen Schmerzen, verschied plötzlich mein innigstgeliebter Mann, unser sorgsamer Vater, guter Sohn, Bruder, Schwiegersohn und Schwager

Hermann Meißner.

Kanena, den 21. April 1920.

In tiefem Schmerz:
Hulda Meißner geb. Rohne nebst Kindern,
686 Familie Rohne, Familie Lucke,
Familie Meißner, Familie Lehnert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200426-12/fragment/page=0004
DFG

Der Frauentag 1920.

Von Berta Braunthal.

Vom 9. bis 16. Mai soll in ganz Deutschland der internationale Frauentag gefeiert werden. Zu einer Zeit, in der der gewaltige Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu einer Entscheidung drängt, versammeln sich die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse in allen Städten und Gegenden Deutschlands, um ihren Willen kund zu tun. Als Teil des Proletariats, an sein Schicksal und seinen Kampf gebunden, stellen sich die Frauen innerhalb der Reihen der Arbeiterklasse und üben Solidarität mit ihren Klassengenossen. Das hat sich so glänzend beim letzten Generalstreik und Abwehrkampf gegen die militaristische Reaktion gezeigt, wo die Frauen und Mädchen durch ihre revolutionäre Wirksamkeit nicht wenig zum Gelingen der Aktion beitrugen. Immer mehr muß es in das Bewußtsein der Frauen eindringen und das soll besonders auf unserem Frauentag zum Ausdruck kommen, daß es aus den heutigen verworrenen und unleidlichen Zuständen keinen anderen Ausweg gibt, als den Sozialismus, die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die Herrschaft der Arbeiterklasse in Stadt und Land. Erst eine Gesellschaft, in der nicht das Profitinteresse maßgebend ist, sondern das Wohl der arbeitenden Bevölkerung, der eben alle schaffenden Menschen angehören, wird auch den Frauen alle Entwickelungsmöglichkeiten bieten, sie als Mütter und Geschlechtswesen aus den Fesseln der heutigen Unkultur befreien.

Die bürgerliche kapitalistische Gesellschaft hat die Frauen nur als willige Ausbeutungsobjekte gewertet. Da die Arbeitskraft der Frauen billiger war als die der Männer, so wurden sie überall herangezogen und dem Produktionsprozeß eingegliedert. Vor der Revolution wurden die Frauen aber ganz planmäßig von jeder parlamentarischen Wirksamkeit ferngehalten, ihnen jede Möglichkeit, in die gesetzgebenden Körperschaften einzudringen, verwehrt. Dieselben Kapitalisten, die im Parlament die Anträge auf Einführung des Frauenwahlrechts mit der Begründung abwiesen, die Frau gehört ins Haus, haben die Frauen bei Strafe des Verhungerns gezwungen, das Haus zu verlassen und durch emsige Arbeit in den Fabriken ihren Profit zu vermehren. So waren die Frauen schutzlos ihren Ausbeutern preisgegeben und konnten nur durch Vermittlung der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten ihre Forderungen auf Einführung von Schutzgesetzen für Mutter und Kind, auf Herabsetzung der Arbeitszeit usw. erheben. Je mehr die Frauen in die Betriebe und Werkstätten eindrangen, je mehr sie den Widersinn und die Ungerechtigkeit des kapitalistischen Systems an ihrem eigenen Körper zu fühlen bekamen, desto stürmischer drängten sie überall auf Einführung des Frauenwahlrechts zu allen parlamentarischen Körperschaften. Dem Kampf um das Frauenwahlrecht war nun der Frauentag in allen Ländern speziell gewidmet. Mit Begeisterung traten insbesondere die Genossinnen dafür ein, den Frauentag zu einer machtvollen Kundgebung des weiblichen Proletariats auch für Arbeiterinnen- und Mutterschutz, für den Sozialismus zu gestalten.

Trotzdem die Revolution einer unserer Forderungen, das Frauenwahlrecht, erfüllte, ist damit die Abhaltung des Frauentages nicht überflüssig geworden. Denn stärker als je leiden die Frauen unter den heutigen, verworrenen Zuständen. Kinderelend und Kindersterblichkeit haben niemals einen solchen Umfang erlangt, wie in dieser Zeit. Die Folgen der Unterernährung während des Krieges und nachher machen sich in erschreckender Weise bemerkbar. Die Berichte der Schul- und Kinderärzte konstatieren übereinstimmend fast eine Verdoppelung der Kindersterblichkeit im Vergleich zum Jahre 1913, eine vielfache Zunahme der Kinderkrankheiten wie Skrofulose, Lungentuberkulose, eine Herabminderung der geistigen Fähigkeiten und Leistungen der Schuljugend. Die Frauentagsversammlungen müssen zu wuchtigen Protesten gegen dieses System werden, das diese Zustände zuläßt, ermöglicht und nichts zu ihrer Abstellung zu tun vermag.

Viel zu wenig ist bisher auch auf dem Gebiete des Arbeiterinnen- und Mutterschutzes geschehen. Während in dem kulturell rückständigen Rußland, auf das unsere deutschen Spießbürger mit solcher Verachtung herabsehen, eine planvolle Tätigkeit von seiten der Regierung zwecks Schaffung von Mütter- und Säuglingsheimen einsetzt, die Frauen 8 Wochen vor der Geburt und 8 Wochen nach der Geburt unter Weiterzahlung des vollen Lohnes von jeglicher Erwerbsarbeit befreit sind, ist es in unserer „freiesten demokratischen Republik" auf der Tagesordnung, daß schwangere Frauen kurz vor der Geburt des Kindes in überfüllten Entbindungsanstalten auf Stühlen sitzend ihrer schweren Stunde entgegensehen müssen. Und die geringe Unterstützung in der Höhe des ortsüblichen Krankengeldes ermöglicht es den Frauen nicht, sich satt zu essen. Die Frauen sind daher gezwungen, trotz der Schonzeit zu arbeiten, das Reichswochenhilfsgesetz in seiner heutigen Form, wie es in der Nationalversammlung auch unter dem Beistand der rechtssozialistischen und bürgerlichen Frauen angenommen wurde, bietet keinen Schutz. Alle Verbesserungsanträge unserer Fraktion auf Erhöhung des Wochen- und Stillgeldes wurden auch diesmal wieder in der Sitzung vom 17. April von allen Parteien abgelehnt. Für den Militarismus, der die revolutionäre Arbeiterschaft niederhalten und sie dem Gebot der Kapitalisten gefügig machen soll, werden dagegen Milliarden aus dem Säckel des Volkes geopfert. Die heutige kapitalistische Gesellschaft kann eben das Problem der weiblichen Berufsarbeit und der Mutterschaft nicht restlos lösen; sie kann nur Flickwerk leisten. Wir müssen jedoch durch den Druck der Massen, durch die Macht unserer Organisation die bürgerlichen Vertreter vorwärts treiben, sie zwingen, gegen ihren Willen Gesetze zu beschließen, die wirklich die Frauen von den quälenden Nahrungssorgen befreien. So wollen wir auch diesmal, wie die Genossinnen der anderen Länder, die Forderung auf ausreichenden Mutter- und Arbeiterinnenschutz erheben und verlangen, daß den arbeitenden Frauen Entbindungsheime, Mutterhäuser, Säuglingskrippen, freie Hebammen- und Ärztebehandlung, Verabfolgung von guter Milch und kräftigen Nahrungsmitteln gesichert wird. Die Fürsorge für einen gesunden, lebenskräftigen Nachwuchs, die Fürsorge für die Trägerinnen des zukünftigen Geschlechts, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, der er sich nicht durch Geld- und kapitalistische Rücksichten entziehen darf.

Auch in den anderen Ländern, in Holland und besonders in England, drängen die Frauen immer stürmischer auf Erfüllungen ihrer Forderungen nach einem durchgreifenden Mutterschutz, der den Frauen auch eine größere Unabhängigkeit von den Ehemännern, eine freiere Entfaltung ihrer Persönlichkeit gewährleisten würde.

Die Herabsetzung der Arbeitszeit für die Frauen und Jugendlichen auf 6 Stunden, die Gewährung der gleichhohen Erwerbslosenunterstützung, wie sie den Männern gewährt wird, die Jnangriffnahme der Reform des Haushalts sind ferner Maßnahmen, die das Los der Frauen wesentlich erleichtern, ihnen das Gefühl beibringen könnten, daß sie in diesem Staate als wirklich gleichberechtigte, vollwertige Staatsbürgerinnen geachtet werden. All das Leid und die Knechtschaft, die Unterdrückung, die die Frauen nicht bloß als Angehörige der Arbeiterklasse, sondern auch als Geschlechtswesen zu erdulden haben, sollen in dieser Kundgebung ihren Ausdruck finden, und die Mittel zur Abhilfe gefordert werden.

Nicht nur die arbeitenden Frauen und Mädchen Deutschlands, sondern auch der anderen Länder befinden sich in der gleichen Lage ihren Ausbeutern und Unterdrü[illegible] der ganzen kapitalistischen Gesellschaft gegenüber, im Kampf um bessere, menschenwürdigere Zustände, im Kampf um den Sozialismus. Die bürgerlichen Klassen haben es vorzüglich verstanden, das ganze deutsche Volk während des fünfjährigen Krieges und besonders die akademische Jugend mit nationalistischen Ideen zu verseuchen, ihnen den Glauben beizubringen, daß alle anderen Völker hassenswert, das deutsche Volk aber das auserwählte Volk des Herrn sei. Demgegenüber haben wir bei jeder Gelegenheit und besonders auch auf unseren Frauentagen unsere internationale Gesinnung zum Ausdruck gebracht. Die arbeitenden Frauen und Männer der anderen Länder sind gerade so ausgebeutet und unterdrückt wie wir, sie leiden unter denselben unhaltbaren Zuständen der privatkapitalistischen Herrschaft und ihre Sehnsucht ist wie die unsrige auf Beseitigung dieses Systems, auf die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, auf die Befreiung aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft gerichtet. Deshalb kennen wir keinen Haß den anderen Völkern gegenüber, sondern heiße Liebe, innige Kameradschaft und Kampfgenossenschaft verbindet uns mit den Arbeitsschwestern und -brüdern jenseits der Grenzen. Der Frauentag, der hoffentlich gleichzeitig auch in den anderen Ländern abgehalten wird, soll das Band der Internationale fester knüpfen, eine machtvolle Kundgebung für die internationale Solidarität, den internationalen Sozialismus werden.

Halle und Saaltreis.

Halle, den 26. April 1920.

Rüstet zur Maifeier!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Wiederum naht der Tag des Festes der Arbeit. Die letzten Wochen haben uns gezeigt, daß die reaktionären Mächte kräftiger denn je sich betätigen. Ein Protest gegen das Treiben des wiedererstarkten Militarismus, eine Demonstration für den Völkerfrieden und alle kulturellen Forderungen des schaffenden Volkes muß die Maifeier werden.

Ihre würdigste Form ist die vollkommene Arbeitsruhe. Unter dem Eindruck der Novemberereignisse hatte die Nationalversammlung im vorigen Jahre den Maitag zum Feiertag erklärt. Noch ist es ungewiß, ob auch in diesem Jahre ein derartiger Beschluß gefaßt wird.

Darum heißt es selbst handeln.

All Ihr Beschäftigten in den Betrieben, Kontors, in den Geschäften, den Bureaus der Privatgeschäfte, der Stadt und des Staates! Heraus am 1. Mai zur Demonstration!

Niemand sage, die Arbeitsruhe läßt sich nicht durchführen! Kann alle Arbeit an kirchlichen Festtagen ruhen, dann auch am Festtag der Arbeit. Daß die Lebensmittelverteilung ruhen kann, beweist uns der Allgemeine Konsumverein, der seine Verkaufsstellen am 1. Mai geschlossen hält. Fast die Hälfte aller Hallischen Familien bereiten ihren Einkauf vor, damit auch diese Angestellten ihren Maitag feiern können. Was der eine Teil der Bevölkerung kann, können alle.

Auch die städtischen Arbeiter haben ein Anrecht auf den Maitag. Können wegen kirchlicher Feste, die Markttage verlegt werden, dann kann der Markttag in dieser Woche am Freitag anstatt am Sonnabend stattfinden. Wir fordern vom Magistrat diese Rücksichtnahme auf den Feiertag der Arbeit.

Nun rüstet zur Maifeier! Alle Arbeit ruhe!

Die Aufstellung zum Umzug findet morgens 8½ Uhr auf dem Roßplatz statt. Abmarsch um 9 Uhr nach dem Sandanger. Dort werden die Ansprachen gehalten. Nachmittagsfeiern im Volkspark, Letzten Dreier, Lindenhof und Heidepark.

Das Maifeierkomitee.

Die Aufgaben der Elternbeiräte.

Vor unseren versammelten Elternbeiräten aus Halle und dem Saalkreis sprach am Sonntag nachmittag im Volkspark Genosse Rektor Holz aus Aschersleben über obiges Thema: Die Elternbeiräte muß man als Geschenk, nicht etwa als eine Errungenschaft der Revolution betrachten. Es hieß zwar allenthalben, die Elternbeiräte hätten nichts Rechtes, da sie nur beratende Stimme, aber keine wirklichen Rechte hätten. Trotzdem müssen wir uns fragen, wie können wir die Elternbeiräte ausnützen? Daß sie nicht ganz bedeutungslos sind, zeigte die Gegenbewegung, die gleich nach dem Erlaß des Kultusministers von seiten der bürgerlichen Parteien und der Kirche einsetzte.

Wir fordern die Einheitsschule, während die bürgerliche Gesellschaft die alten Schulverhältnisse beibehalten will. Deshalb bemühen sich besonders die Mittelschul- und Oberlehrer, den Begriff der Einheitsschule zu verwirren. Daraus ist auch das Gesetz der vierstufigen Grundschule zu erklären. Immerhin liegt es in der Hand der Elternbeiräte, die sechsstufige Grundschule zu fordern. Die Schule war bisher nur eine Domäne der Besitzenden. Deshalb ist sie für das Proletariat ein ganz neues Arbeitsfeld. Infolge des wirtschaftlichen und politischen Kampfes konnte sich das Proletariat ja gar nicht um die Volksschule, in die es seine eigenen Kinder schickte, kümmern. Ja, die Schule störte zuweilen die Arbeiterfamilie dadurch, daß sie die Kinder dem Erwerbsleben für das Haus entzog. Die Beziehung von Schule zu Familie fehlte vollständig. Und nun sollen die Elternbeiräte diese Beziehungen herstellen. Es ist zu großer Mangel im Elternbeiratsgesetz, daß das Lehrerkollegium in allen Dingen selbständig handeln kann, ohne den Elternbeirat zu hören. Die Tätigkeit des Elternbeirats wird ferner dadurch erschwert, daß er gar kein Recht hat, Auskünfte über die Schule zu fordern. Die Elternbeiräte müssen sich mit den Schulräumen, mit den hygienischen Verhältnissen, mit dem Stundenplan und den Pausen und schließlich auch mit den Methoden, die ein Lehrer beim Unterricht anwendet, befassen.

Es ist zu empfehlen, daß der Elternbeirat einer jeden Schule zu Beginn seiner Tätigkeit dem Lehrerkollegium mitteilt, in welchem Geist er zu arbeiten gedenkt. Manche Lehrer wenden sich gegen die Einrichtung der Elternbeiräte, weil sie darin eine Kontrolle ihrer Tätigkeit sehen. Ihnen muß gesagt werden, daß wir als Freunde und Helfer den Lehrer in seiner schweren Arbeit zur Entwicklung eines gesunden Schulwesens unterstützen wollen. Um das zu können, müssen wir uns über alle Schulfragen informieren. Wir müssen fordern, daß die Tätigkeit des Volksschullehrers ebenso hoch eingeschätzt wird, wie die des Oberlehrers. Gerade dadurch werden wir das Vertrauen der Lehrerschaft gewinnen. Die Forderung der Schulspeisung kommt für solche Kinder in Betracht, die in ärmlichen Verhältnissen leben. Auch müssen die häuslichen Schularbeiten, wenn sie pflichtmäßig gegeben werden, in der Schule nach dem Unterricht angefertigt werden können. Die Einführung von Französisch und Englisch könnte als Wahlfach in Betracht kommen. Es treibt also nur der Schüler eine fremde Sprache, der Lust dazu hat. Der Begabungsrummel ist abzulehnen; denn wir wollen das Lernen nicht zu einem Vorrecht einer kleinen Anzahl von Begabten machen. Wenn wir mit all diesen Dingen an die Lehrerschaft herankommen, wird sie in uns Förderer des Schulwesens erblicken. Denn gegen den Willen der Lehrerschaft ist keine ersprießliche Tätigkeit der Elternbeiräte denkbar. Die sogenannte Rangordnung, die nur unkameradschaftlichen Klassengeist heranbildet, muß bekämpft werden. Ebenso hat das Prämienwesen Nachteile, da es bei den übrigen Kindern Neid erregt. Besonders ist darauf zu achten, daß die Kirche nicht wieder ihren Einfluß auf die Schule gewinnt. So hat die Kirche kein Recht, von der Schule Auskunft darüber zu fordern, welche Kinder nicht am Religionsunterricht teilnehmen. Die politische Gesinnung des Lehrers wollen wir respektieren, wir müssen aber ebenso von ihm verlangen, daß er jede parteipolitische Stellungnahme aus dem Unterricht fernhält. Geistige Freiheit in unumschränktem Sinne ist die erste Voraussetzung für ein gedeihliches Arbeiten der Schule. Wer als Elternbeirat tätig ist, muß wissen, daß unser Schuldeal die Einheitsschule ist. Zunächst wollen wir die achtstufige Grundschule unter Ausschaltung der Begabtenzüchtung. Wenn wir mit dieser Zielklarheit unsere Tätigkeit ausüben, dann werden wir auch mit der Zeit das nötige Verständnis für alle Schulfragen gewinnen. Nach unserer Tätigkeit müssen wir uns alle sagen können: Ich habe gelernt und die Schule hat gewonnen.

Reichen Beifall erntete Genosse Holz für seine klar und übersichtlich aufgebauten und von warmen Idealismus getragenen Ausführungen. Die rege Diskussion bewies, daß die Elternbeiräte, sowohl Männer wie Frauen, ein großes Interesse für die Schulfrage haben, und sich gerne aus berufenem Munde neue Anregungen holen. — Gen. Schmidt schlug vor, man solle die Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, zu gemeinsamen Handwerksunterricht zusammenfassen, damit sie nicht in den ausfallenden Stunden von der Familie zu Botengängen benutzt werden. — Gen. Kutscher: Es muß volle Lehrmittelfreiheit gefordert werden. So sind in der Weingärtenschule nur 100 Hefte gekommen. Dadurch sind viele arme Kinder nicht im Besitz eines Schreibheftes. — Gen. Licht: Die Fürsorgerziehung dürfte nicht in die Hände von Leuten gelegt werden, denen jedes soziale Verständnis fehlt. Durch den Elternbeirat könnte hier viel gebessert werden. — Gen. Seydewitz: In dem amtlichen Schulanzeiger stand am 25. Februar 1919 folgender Erlaß des Kultusministeriums, betreffs Weiterpflege des kolonialen Gedankens in der Jugend: „Wenn wir auch durch den Friedensvertrag gezwungen sind, unsere Kolonien abzutreten, so erscheint es im vaterländischen Interesse doch geboten, den kolonialen Gedanken in der heranwachsenden Jugend weiter zu pflegen und das Verständnis für die Wichtigkeit überseeischen Besitzes in der Jugend zu wecken." Dieser Erlaß des Kultusministeriums bedeutet nicht den Geist des Friedens, sondern des Krieges in die Schule hineintragen. — Gen. Hildebrandt schlug vor, eine Kommission zu wählen, die gewissermaßen die Zentrale für alle Fragen der Elternbeiräte bildet.

Infolge dieser angeregten und erschöpfenden Debatte konnte sich Gen. Holz in seinem Schlußwort kurz fassen. Nach Beantwortung der verschiedenen Anfragen, wies er besonders noch darauf hin, daß die Elternbeiräte aus Anlaß der Maifeier den Ausfall des Unterrichts fordern sollen. Dies sei um so eher möglich, da nach einem Erlaß des Kultusministeriums die Entscheidung über den Ausfall des Unterrichtes den Schuldeputationen überlassen ist. Gen. Hildebrandt machte den Vorschlag, die Elternbeiräte sollten am Dienstag, den 27. April, zusammenkommen, um einen dementsprechenden Antrag an den Stadtschulrat zu stellen. **Auch sollten die Elternbeiräte in den Dorfschulen den Schulausfall fordern.**

In die Kommission für die Hallischen Elternbeiräte wurden die Genossin Sanow und die Genossen Schmeidewind, Kutscher, Rendelmann und Villing gewählt. — Erst gegen Abend wurde die Versammlung, die sicher für alle Teilnehmer ein reicher Gewinn war, nach stundenlanger Debatte geschlossen.

Der Tag der Jugend.

Am gestrigen Sonntag veranstaltete die Sozialistische Proletarierjugend des Saalkreises in Wettin einen Kreisjugendtag. Aus allen Teilen des Kreises war das Jungproletariat herangeströmt, um diesen Tag zu einem würdigen zu gestalten. In vorgerückter Vormittagsstunde trafen die Jugendlichen in Wettin ein, wo sie vorerst ihre leiblichen Bedürfnisse durch ein auf dem Wanderkocher bereitetes Mahl befriedigten. Sodann bildeten sich zwanglose Gruppen, welche entweder durch Spiel ihrer Jugend Rechenschaft trugen, oder aber im Grase lagen und ernste Unterhaltungen pflegten. Den Glanzpunkt des Tages bildete ohne Zweifel die stattgefundene Demonstration. In ansehnlichem Zuge marschierten die Teilnehmer mit roten Fahnen und klingendem Spiel, trutzige Kampflieder singend, durch Wettin und wurden von der Arbeiterschaft freudig begrüßt. Aber auch mancher bürgerliche Spießer stand hinter den Gardinen und machte ein gar säuerliches Gesicht ob dieser Kampfesluft der proletarischen Jugend. Auf dem Marktplatz brachte Gen. Wenzel (Halle) in einer markigen Ansprache erneut zum Ausdruck, daß auch die Jugend an den Kämpfen für den Sozialismus teilnimmt. Im Kleinen Schweizerling angekommen, ließ man die schönen alten Volksgesänge wieder aufleben. In schmucken Dirndlkleidern bewegten sich unsere Genossinnen, in derber Wanderkleidung die Genossen im Kreise. Mandolinenvorträge und Rezitationen bildeten dann die Unterhaltung. Kurze Ausführungen über die ernste Arbeit in der Sozialistischen Proletarierjugend dienten den Wettiner Genossinnen und Genossen, die sich zu einer stattlichen Ortsgruppe zusammengeschlossen haben, zur Aufklärung. Der Tag fand seinen Abschluß mit einem vielstimmigen Hoch auf die Sozialistische Proletarierjugend. — Alles in allem war unser Kreisjugendtag eine machtvolle Kundgebung des Jungproletariats des Saalkreises, bei welcher die Jugend erneut das Gelübde ablegte, die Kämpfe des Proletariats, die Revolution, fortzuführen, bis endlich der Sozialismus Wirklichkeit ist, mit allen Kräften zu unterstützen.

Euch aber, ihr Jungen, die ihr uns noch fernsteht, rufen wir zu: Helft mit am großen Werk, kommt zu uns in die Sozialistische Proletarierjugend.

Notschrei der behördlichen Angestellten.

Bei den Behörden war von jeher neben den planmäßig beschäftigten Beamten eine erhebliche Anzahl von Personen beschäftigt, die auf Privatdienstvertrag angestellt waren. Während des Krieges hat sich die Zahl dieser Angestellten erheblich vermehrt. Diese Angestellten haben in langer Tätigkeit oft jahrzehntelang ihre Kräfte dem Staate in treuer Pflichterfüllung gewidmet, ohne die Aussicht wie die Beamten zu haben, im Alter versorgt zu sein. Jetzt will man diese Angestellten fast restlos aus allen Behörden entlassen. Die Postverwaltung erließ diese Angestellten durch weibliche, wie eine Verfügung des Reichspostministeriums vom 9. Februar d. J. anordnet. Die nacherwähnten Verfügungen von drei preußischen Regierungen lassen erkennen, daß man die Angestellten restlos aus den behördlichen Betrieben herausdrängen will. Es heißt in einem Erlaß:

„Künftig ist die Beschäftigung privater Hilfskräfte, insbesondere weiblicher Hilfsarbeiterinnen, im Bureau der Staatssteuerämter (Finanzämter) nach Möglichkeit zu vermeiden. Wir ersuchen daher, die jetzt beschäftigten Hilfskräfte darauf hinzuweisen, daß sie ihre Entlassung aus ihrer gegenwärtigen Beschäftigung in kurzem zu erwarten haben werden."

Bei Steuerbehörden sollen also in Zukunft Angestellte nicht mehr beschäftigt werden. Bei anderen Behörden ist das gleiche der Fall, wie der folgende Auszug aus der Verfügung einer anderen Regierung erkennen läßt:

„Die Mehrzahl der in den Bureaus und Dienststellen der Regierung tätigen Hilfsarbeiter wird voraussichtlich am 1. April dieses Jahres entbehrlich werden. Infolgedessen sehe ich mich zu meinem Bedauern gezwungen, schon heute darauf aufmerksam zu machen, daß eine weitere Beschäftigung der männlichen und weiblichen Hilfskräfte mit Ausnahme der Beamtenanwärter, Schwerkriegsbeschädigten und technischen Hilfskräfte bei der Regierung vom 1. April d. J. an nicht mehr in Frage kommen wird."

Der Erlaß eines weiteren Regierungspräsidiums fordert dasselbe und spricht zum Schluß aus: „Es liegt im dienstlichen Inter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200426-12/fragment/page=0005

esse, daß diese Verfügung nicht in die Hände von Hilfsarbeitern gelangt." Aus dem letzteren Absatz spricht das schlechte Gewissen derjenigen Regierungsvertreter, welche solche Verfügungen herausgeben. Die Angestellten als Staatsbürger haben das gleiche Recht auf Beschäftigung wie alle die Offiziere, Militärattaché und Kapitulanten, welche an Stelle der Angestellten bei den Behörden untergebracht werden sollen. Die Angestellten bei Behörden erheben hiermit in der Oeffentlichkeit Einspruch gegen diese Verfügungen des Reichspostfinanzministeriums und der sonstigen Behörden. Der Zentralverband der Angestellten hat wiederholt darauf hingewiesen, daß für große Teile dieser Angestelltenschicht eine drückende Notlage entstehen wird, wenn diese Verfügungen ausgeführt werden. Er wird daher seine Bemühungen zur Abänderung der erwähnten Verfügungen fortsetzen.

Die hohen Schuhpreise.

Die ungeheure Preissteigerung auf dem Schuhmarkt hat unter der Bevölkerung berechtigte Mißstimmung hervorgerufen. Schließlich sind Schuhe selbst in dieser Zeit der Einschränkungen ein lebensnotwendiger Artikel. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen können sich heute Schuhe nur noch im Schaufenster betrachten. Von Woche zu Woche steigen die Preise, obwohl vor einem Monat von amtlicher Stelle bekanntgegeben wurde, daß das Leder billiger würde. Heute verlangt der Schuhmacher 70 Mark für ein Paar Stiefelsohlen. Besonders auf dem Ledermarkt blüht noch infolge der ungeschickten Wirtschaftspolitik der Bezirksämter das Wucher- und Schiebertum. Auch gibt es heute noch Schuhfabriken, die 40 Prozent Dividende ausschütten und für amerikanische Schuhe werden von den Händlern tatsächlich 1000 Mark und mehr für das Paar verlangt. Da erscheint doch eine Berechnung beachtenswert, die die Schuhmacherinnung Berlin kürzlich aufstellte:

Ein Paar Herrensohlen beim Kleinhändler 40 Mark, Arbeitslohn laut Lohntarif 12 Mark, Kleinmaterialien 1,50 Mark, Unkosten und Gewinn (83⅓ Prozent) 17,50 Mark. Summa 71 Mark.

Nach dem gegenwärtigen Lederpreise von 240 Mark das Kilo kostet das Paar Sohlen nicht 40 Mark, sondern 60 Mark, so daß sich für diejenigen, die Leder zum Tagespreis kaufen müssen, der Preis statt 71 Mark auf 98 Mark stellen wird. Zur Deckung der Geschäftsunkosten und als Gewinn gestatten die Preisprüfungsstellen dem Gewerbetreibenden und Handel 33⅓ Prozent Aufschlag, d. h. also bei 98 Mark einen Aufschlag von 24⅔ Mark auf 73½ Mark. Da nun ein Schuhmacher am Tage drei Paar, auch vier Paar Stiefel besohlt, so macht das einen Bruttogewinn von 4 × 24⅔ Mark = 98 Mark je Geselle für den Meister. Ein größerer Schuhmachermeister, der fünf Gesellen beschäftigt, würde also täglich 5 × 98 Mark = 490 Mark Bruttogewinn erzielen, seine größten Verdienste aus dem Verkauf neuer Stiefel im Ladengeschäft gar nicht gerechnet. Der kleine selbst arbeitende Meister, der sich den Lohn von 12 Mark verdient und den Innungspreis berechnet, würde bei 40 Mark Sohlenpreis am Paar 26⅔ Mark verdienen, bei vier Paar am Tage 118 Mark.

Die Zahlen sprechen für sich. Jedes weitere Wort darüber ist überflüssig.

* **Verschwendung von Staatsgeldern.** Wir haben bereits vor Wochen darauf hingewiesen, daß die Zeitfreiwilligen bei ihrer „Demobilisation" Ausrüstungsgegenstände und besonders größere Mengen von Nahrungsmitteln mit nach Hause genommen haben. Aber damit noch nicht genug! Für die Arbeitermörder steht alles zur Verfügung. So wurde uns aus zuverlässiger Quelle berichtet, daß der Führer der Zeitfreiwilligen Oberleutnant Borstorff Ende März den Studenten Militärfahrschein (selbst bis Kassel) ausstellte. Wie gefälscht wird, beweist der Vermerk auf den Fahrscheinen: „Zweck der Reise dienstlich." Die Studenten hatten zwar allen Grund, Halle nach den Märztagen fluchtartig zu verlassen, aber es ist doch ein Skandal, daß man den Herren auch noch Freifahrtscheine gibt. Oder sollte die „dienstliche" Reise noch anderen Zwecken dienen? Wenn der Herr Oberleutnant so verschwenderisch mit Staatsmitteln umgeht, dann darf man ihm keine zur Verwaltung anvertrauen. Wenn ein Eisenbahnbeamter Fahrkarten unterschlägt, sperrt man ihn ein. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig.

* **Rentenzahlung bei der Post.** Die Zahlung der Militärversorgungsgebührnisse und der Invaliden- und Unfallrenten findet an den Hauptzahltagen in den Räumen der Weißbierhallen, Bernburger Straße (Ecke Mühlweg) in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags in nachstehender Weise statt: für Militärrenten: am 29. April an die Inhaber der Stammkarten Nr. 1 bis 15 000, am 30. April an die Inhaber der Stammkarten Nr. 15001 bis Schluß; für Invaliden- und Unfallrenten: am 1. Mai an die Inhaber der Stammkarten Nr. 1 bis 3800, am 3. Mai an die Inhaber der Stammkarten Nr. 3801 bis Schluß. Auf die rechtzeitige Abholung der Renten werden die Empfänger wiederholt hingewiesen; insbesondere kann dann, wenn die die Abhebung bisher auf spätere Tage verschoben und dann häufig bei etwaigem längeren Warten unberechtigte Klage geführt haben, nicht dringend genug empfohlen werden, die Rentenbeträge an den vorstehend angegebenen Tagen in Empfang zu nehmen. Durch Einrichtung einer genügenden Anzahl von Postschalten in den Weißbierhallen ist Vorsorge für schnelle Abfertigung getroffen. Für diejenigen Empfänger von Militär-Versorgungsgebührnissen, welche die Zustellung der Beträge ins Haus beantragt haben, erfolgt die Auszahlung durch die Besteller am 29. und 30. April. Damit die Auszahlung ungesäumt von statten geht, werden die Empfänger ersucht, den ausgefüllten Quittungsvordruck bereitzuhalten und ihn bei der Zahlung des Betrages dem Besteller zu übergeben. Die Zahlung erfolgt nur gegen Vorzeigung der Ausweiskarte.

* **Polizeiliche Räumung von Wohnungen durch das Wohnungsamt.** Das städtische Wohnungsamt nimmt Veranlassung, unter Hinweis auf mehrere in letzter Zeit vorgenommene polizeiliche Räumungen widerrechtlich bezogener Wohnungen wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß die Besetzung aller freiwerdenden Wohnungen und zum Wohnen geeignete Räume ausnahmslos durch das Wohnungsamt erfolgt. Die Vermieter sind bei Vermeidung hoher Geldstrafen verpflichtet, alle freiwerdenden Wohnungen innerhalb 8 Tagen nach Eintritt der Vermietbarkeit auf dem vorgeschriebenen Formular im städtischen Wohnungsnachweis, Gr. Berlin 11, zur Anmeldung zu bringen, von wo aus Mieter zugewiesen werden. Nur die unter dieser Voraussetzung abgeschlossenen Mietverträge sind rechtsgültig und werden vom Wohnungsamt genehmigt. Widerrechtlich bezogene Wohnungen werden polizeilich geräumt. Eine Kontrolle des Mietwechsels ist durch die polizeilichen An- und Ummeldungen lückenlos durchgeführt.

Die Reichstagswahlen

sind am 6. Juni. Nur noch sechs Wochen trennen uns also von diesem Zeitpunkt. Die kurze Spanne Zeit bis dahin muß noch ausgenützt werden, wenn der Sieg unser werden soll. Unsere beste Waffe auch im Wahlkampfe ist eine weitverbreitete sozialistische Presse. Deshalb muß in den kommenden Tagen in allen Orten eine kräftige Werbetätigkeit für das

Volksblatt

einsetzen. Von Haus zu Haus, in Fabriken und Kontoren, in den gewerkschaftlichen und Vereins-Zusammenkünften, überall müssen neue Abonnenten gewonnen werden. Erfülle jeder seine Pflicht, dann können in den kommenden Tagen

Tausende neuer Leser

gewonnen werden.

Auf zur Werbearbeit!

* **Reichswehrschandtaten.** Unter dieser Spitzmarke haben wir am 10. April berichtet, daß ein Genosse bei seiner Vorführung zum Gerichtsoffizier beobachtete, wie der Arbeiter Mettin aus Nietleben über versuchende Arbeiter Angaben machte. Um die Sache aufzuklären, wurde auf Vorschlag des Parteivorstandes eine Kommission eingesetzt. Von dieser erhalten wir jetzt folgende Mitteilung: „Nach Prüfung der Anschuldigungen gegen den Genossen Mettin (Nietleben), ist die Kommission zu dem Beschluß gekommen, daß die Anwürfe gegen Genossen Mettin auf Unwahrheiten beruhen."

* **Annahme gewöhnlicher Pakete durch die Paketbesteller.** Die Paketbesteller in Halle dürfen gewöhnliche Pakete zum Abliefern an die Postanstalt annehmen. Die Abholung aus der Wohnung kann schriftlich oder durch Fernsprecher Nr. 7551 bei dem Postamt 2 (Dieselstraße 2a) bestellt werden. Für die Bestellschreiben oder -karten, zu denen möglichst ungefaltete Postkarten zu benutzen sind, wird keine Gebühr erhoben; sie können in die Briefkästen gelegt oder den beigehenden Boten mitgegeben werden. Die Paketbesteller nehmen die Pakete entweder in den Häusern, die sie zum Bestellen oder Abholen betreten, oder an den Stellen entgegen, wo ihr Fuhrwerk hält. Für jedes Paket ist außer der Freigebühr eine Nebengebühr von 30 Pf. vorauszu entrichten.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, abend 7½ Uhr gelangt Webers Oper Der Freischütz zur Aufführung. Dienstag: Der Wildschütz, Nittnech: Der fliegende Holländer. Für Donnerstag wird das Drama Von Sonnenaufgang von Gerhart Hauptmann vorbereitet. Freitag wird das Trauerspiel Woyzeck von Georg Büchner wiederholt. Sonnabend: Der Bajazzo, hierauf: Cavalleria rusticana. Sonntag nachmittag: Wilhelm Tell; Sonntag abend: Die heimliche Ehe.

* **Aus dem Zoologischen Garten.** Der Garten prangt in der schönsten Flederblüte und alle Freunde der Natur finden in unserm Park jetzt helle Betriebsamkeit. Aber auch in den Wildgehegen gibt es Sehenswertes genug. Die Hirscharten vertauschen augenblicklich ihr unscheinbares Winterkleid mit dem lebhafteren Sommerkleid. Wenn sie bei diesem Haarwechsel auch nicht gerade besonders schön aussehen, so darf man doch nicht etwa schlechter Pflege die Schuld daran geben. Es ist dies ein ganz natürlicher Vorgang, der sich in freier Natur in derselben Weise abspielt. Noch eine andere Veränderung geht zu dieser Zeit bei den Hirschen vor sich, nämlich die Neubildung des Geweihes. Bei unserem Rehbock, der neuerdings in dem ehemaligen Muntjakgehege mit der einsamen Birke untergebracht ist, hat sich der neue Kopfschmuck bereits zu einem prächtigen Sechsergehörn ausgebildet, wie man es selten bei gefangenen Tieren findet. Das Renntier und der Axishirsch haben auch bereits begonnen, ihr neues, noch mit Bast überzogenes Geweih zu schieben. Auch beim Wapiti kann man schon die ersten Anfänge der Neubildung beobachten. Der Rothirsch hingegen hat erst in diesen Tagen abgeworfen, etwas später, als es sonst bei dieser Hirschgattung üblich ist. Der Damhirsch trägt noch sein altes, vorjähriges Geweih. So kann man im Garten zurzeit sämtliche Entwicklungsstadien der Geweihbildung betrachten.

* **Provinzialmuseum.** Auf vielseitigen Wunsch Wiederholung des öffentlichen Vortrages „Die jungsteinzeitliche See- und Moorsiedelung von Schussenried (Württemberg)", Montag den 26. April, 8 Uhr abends, im Hörsaal des Museums, Eingang Richard-Wagner-Straße. Eintritt frei.

* **Aus dem Polizeibericht:** Der letzte Polizeibericht meldet nicht weniger als vier Einbruchs- bzw. einfache Diebstähle. So wurde in der Nacht zum 25. April in einem Schuhwarengeschäft in der Geiststraße ein Einbruchsdiebstahl versucht. Ein Täter wurde festgenommen. — In letzter Nacht wurden in der Magdeburger Straße zwei Männer angetroffen, die schwere Pakete trugen. In denselben befanden sich Brot und Mehl. Beide gaben zu, die Sachen gestohlen zu haben. — In vergangener Nacht wurde in eine Brotfabrik in der Friedrichstraße eingebrochen. Die Täter sind festgenommen. — In derselben Nacht wurde in die Kaffeehalle am Moritzzwinger durch Zerschlagen einer Fensterscheibe eingebrochen. Der Täter ist festgenommen.

Schönewig. Wie Mitglieder der reaktionären Ortswehr durchhalten, zeigt folgender Vorfall: Bei dem Fleischermeister Wagner, dessen vier erwachsene Söhne der reaktionären Ortswehr angehörten, wurde am 22. April ein ausgeschlachtetes Borstentier von 170 Pfund beschlagnahmt. Schon längst herrschte hier in Arbeiterkreisen das größte Befremden darüber, wie ein Fleischer, der alle Woche nur einmal rationierte Fleischmengen verkauft, vier erwachsene Söhne, die alle als Fleischer im Betriebe ihres Vaters „tätig" sind, in der heutigen Zeit ernähren kann. Nun ist das Rätsel gelöst, denn Wagner steht jetzt im dringenden Verdachte wiederholter Schwarzschlachtungen. Das scheint ihm so guten Gewinn eingebracht zu haben, daß er sogar beabsichtigt, sich ein Bauerngut zu kaufen. — Derartigen Elementen, die das arbeitende Volk betrügen und auswuchern, muß energisch das Handwerk gelegt werden.

Aus der Provinz.

Bezirksarbeiterrat des Regierungsbezirks Merseburg.

An Genossen wird die dringende Mahnung gerichtet, so schnell wie möglich die Abrechnung über die Broschüren, Sammellisten, Marken und Abonnements zu erledigen. Um die endgültige Abrechnung schnellstens bewirken zu können, wird um sofortige Einsendung des Geldes an die Adresse des Genossen Otto Fiedler, Merseburg, Seffnerstraße 1, ersucht.

Der reaktionäre Charakter des Landbundes

wird durch eine an Hörsing gerichtete Kundgebung dieser agrarkapitalistischen Organisation im Kreise Eckartsberga ins rechte Licht gerückt. Damit jeder revolutionäre Landarbeiter, jeder Sozialist auf dem Lande die fanatische Gesinnung der landwirtschaftlichen Unternehmer erneut kennen lernt, wollen wir nicht verfehlen, das Pamphlet abzudrucken. Es lautet:

In den vergangenen Wochen ist das flache Land in unserer Gegend durch Räubereien und Plünderei bewaffneter Banden schwer heimgesucht worden. Bewaffneter Schutz durch die Regierung ist uns nicht zuteil geworden. Den alleinigen Wall gegen die Zerstörung und Vernichtung von Hab und Gut unseres Landvolkes bildeten die Orts- und Einwohnerwehren (!). Zeitungsnachrichten zufolge beabsichtigt die Regierung, diese Einwohnerwehren aufzulösen. Wir richten die Anfrage an die Regierung, was sie in Zukunft gegenüber den mit Sicherheit erneut zu erwartenden Raubzügen und Plünderungen zu tun gedenkt, um Haus und Hof, Feld und Frucht auf dem Lande zu schützen.

Der Landbund macht sich also dieselbe Terminologie zu eigen, die auch in den Kundgebungen der Kapp-Lüttwitz-Regierung zu finden war. Darin war auch von bewaffneten roten Banden, deren Raubzügen und Plünderungen die Rede. In Wirklichkeit hat man es darauf abgesehen, die Auflösung der kapitalistischen Schutzwalden, der Einwohnerwehren zu verhindern. Hoffentlich bringt die Regierung dieses Mal wenigstens die Energie auf, die Auflösung der reaktionären Einwohnerwehren auch wirklich durchzusetzen. Die Unterstützung der revolutionären Arbeiter würde sie in dieser Angelegenheit zweifellos haben.

Blutige Zusammenstöße in Bitterfeld.

Zu einer Schießerei kam es am Sonnabend, den 24. April, nachmittags gegen 5 Uhr, auf dem hiesigen Personenbahnhof. In dem um diese Zeit von Wittenberg eintreffenden Zuge befanden 87 Söldner vom Reichswehr-Jägerregiment 31, wovon etwa 70 nach Halle in Sonntagsurlaub wollten. Die meisten waren schwer bewaffnet, mit Revolvern und Handgranaten versehen. Um dieselbe Zeit lief ein Arbeiterzug von Wolfen in den Bahnhof ein, aus dem nach Behauptung der Söldner der Ruf: „Die Rosken" gefallen sein soll. Darauf wurde von dem 21jährigen Jäger Heinz Wohlfahrt, einem auch in Halle berüchtigten Provokateur, wie er in seiner Aussage selbst zugibt, ein Schuß nach dem Arbeiterzug abgefeuert, der das Signal zu einer allgemeinen Schießerei abgab, an der sich eine Anzahl Jäger nach der Aufforderung: „7. Kompagnie heraus, anrücken!" beteiligten. Die Arbeiter waren völlig unbewaffnet und daher der Uebermumpelung gegenüber im ersten Augenblick machtlos. Der Arbeiter Otto Lenke aus Eilenburg erhielt auf der Plattform des Zuges einen Schuß, der seinen sofortigen Tod herbeiführte, der Arbeiter Emil Müller trug einen Armschuß mit Knochenverletzung davon. Nach diesen Schandtaten wurden sämtliche Militärpersonen von den Arbeitern kurzerhand entwaffnet und gefangengenommen. 72 Mann wurden unter Begleitung von Genossen nach Halle überwiesen, während 15 Jäger, die an der Schießerei beteiligt gewesen waren, ins Gefängnis abgeliefert wurden. Ein sofort von Wittenberg eingetroffener Gerichtsoffizier nahm mit Hilfe der Polizei die Vernehmung der Inhaftierten vor, worauf 18 Mann nach Wittenberg zurückkehren konnten, nachdem ihre Personalien aufs genaueste festgestellt waren. Die beiden Rädelsführer dieses militaristischen Gewaltaktes bleiben jedoch vorläufig weiter in Haft, bis der Reichskommissar Hörsing das Weitere veranlaßt hat. Diesem haben die Vertreter der Arbeiterschaft Bitterfelds gestern Sonntag über diese erneute unerhörte Provokation der Militaristen Bericht erstattet.

Ia. Dauer-Wäsche Marke „Waschbär"
Form 24 in 5 und 6 cm am Lager.
Diese Form in Papier.
Fabrikat Alex & Edlich.
5 cm Dtzd. 4,75, 6 cm Dtzd. 5,25.
Dauerwäsche-Vertrieb
Kleiner Berlin 2,
1 Tr. rechts, Ecke Steinstraße. 627

Kohlenbezugscheine
bitte baldigst zu überreichen. 630
H. Bittner,
Burgstr. 57.
Telephon 3264. Telephon 3364.

Bruchleidende
finden sichere Hilfe, auch in veralteten Fällen, durch mein seit 1894 erprobtes, Tag und Nacht tragbares, federloses Bruchband „Extrabequem". Zahlreiche Zeugnisse. Leib- und Vorfallbinden, Geradehalter, Gummistrümpfe. Mein Vertreter ist wieder mit Mustern anwesend in Halle am Sonnabend, 1. Mai, 9—3, in der Stadt Bernburg, Franckestraße. *237
Bruchb.-Spez. L. Bogisch, Stuttgart, Schwabstr. 36A Gegr. 1894.

F. H. KRAUSE
IN ALLEN FILIALEN
Dorsch-Leberpaste
hat einen pikanten, guten Geschmack, ist ein Brotaufstrich von einwandfreier Beschaffenheit; enthält 18,5% Fett, 5,25% Eiweiß, 9,18% Kohlehydrate; ist ein recht gutes, preiswertes Nahrungsmittel.
Gebraten eine Delikatesse.
½-Pfund-Dose 4.— Mk. 516

Die neue 563
Kohlenkarte
bitte sofort abzugeben.
Paul Knittel, Kohlenhandlung,
Gommergasse 10. Telephon 1874.
Auf Anruf lasse auch Karte abholen

Der Aufbau Deutschlands und das Rätesystem
von Ernst Däumig. Pr. 60 Pf., Porto 10 Pf.
Die Gewerkschaftsbewegung und das Rätesystem
von Rich. Seidel. Preis 1.20 Mk., Porto 10 Pf.
Sozialismus u. Rätesystem
von Kurt Geyer
Preis 20 Pf. Porto 5 Pf.
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/44.

Ansichts-Karten
ernsten u. heiteren Inhalts
Volksbuchhandlung.

Alle Parteischriften
empfiehlt die
Volksbuchhandlung
Harz 42-44.

Sohlleder-Ausschnitt, Gummi-Absätze und -Ecken.
*46 Lederhandlung, Brüderstr. 13.

Das Kampforgan der Avantgarde des revolutionären und internationalen Geistes.
Soeben erscheint: DAS FORUM 4. Jahrgang Heft 6
HERAUSGEBER: WILHELM HERZOG
Wilhelm Herzog: Was liefern wir aus?
Wahrheit über Sowjetrußland!
Lenin: Die komunistischen Samstage
A. Lunatscharski: Die Volksbildung in Sowjetrußland
Goode: Die Transport- und Ernährungsfrage in Sowjetrußland
Arthur Ransome: Das Komitee des staatlichen Bauamtes
Douglas Goldring: Briefe aus der Verbannung
Wilhelm Herzog: Dem toten Kameraden Ludwig Rubiner
Das Heft 4 M. Vierteljährl. 10 M. Monatl. 1 Heft
Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung
Gustav Kiepenheuer Verlag Potsdam

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192004 26-12/fragment/page=0006